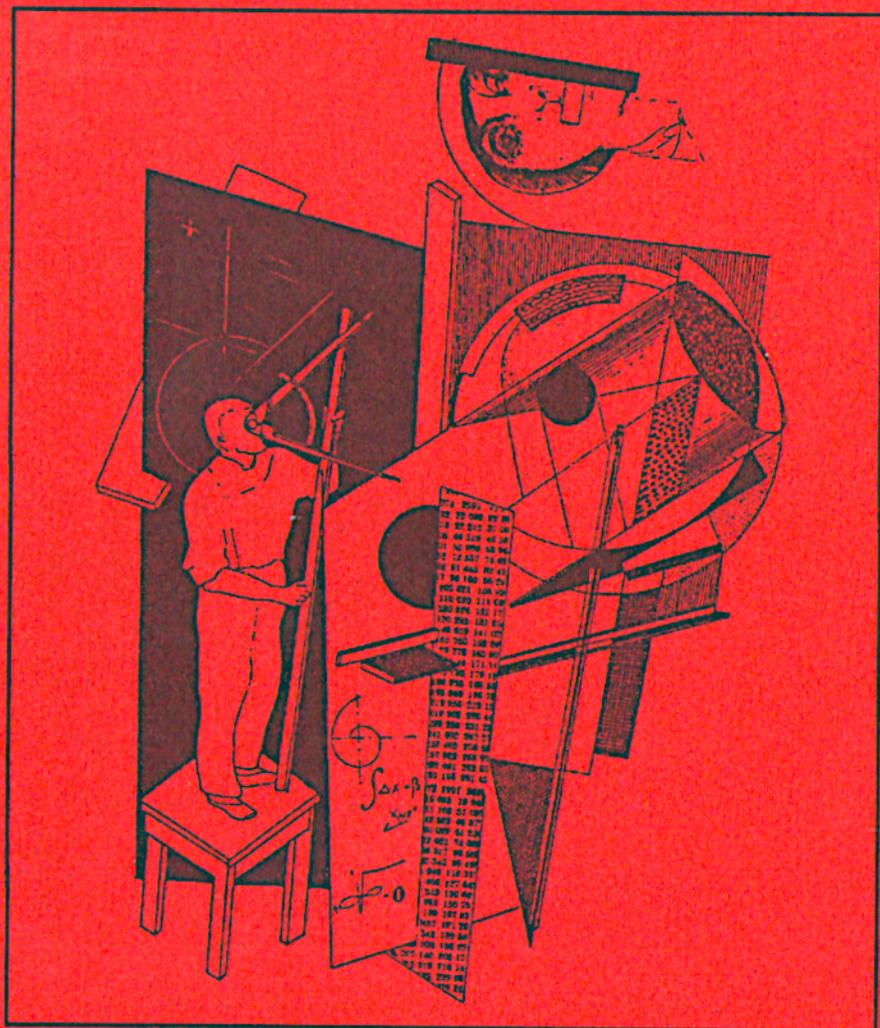


DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU
GESCHICHTE UND POLITIK DES SOZIALISMUS



IRRTUM · EINSICHT · HANDELN
BEITRÄGE ZU IDEOLOGIE UND GESCHICHTE
IN LINKER POLITIK

HEFT 2

DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS

HEFT 2

IRRTUM · EINSICHT · HANDELN

BEITRÄGE ZU IDEOLOGIE UND GESCHICHTE
IN LINKER POLITIK

Ob Kollaps, Revolution oder »Verrat« – das Ende des Staatssozialismus in Europa hat die Welt für die Linke, vornehmlich die sich marxistisch bekennende, ohnegleichen verändert. Ihr ist nicht allein die politische Macht abhanden gekommen – ihr Weltbild ist beschädigt, wenn nicht zerrissen: sei es die Gewißheit vom »gesetzmäßigen« Verlauf der Geschichte dank der »historischen Mission der Arbeiterklasse«, seien es die Prinzipien ihrer politischen Existenz, Organisiertheit und des Handelns. Die Tiefe der Katastrophe eines Irrwegs in ein zuletzt aussichtsloses, sich in einer Sackgasse verlierendes Gesellschaftsmodell in aller Tragweite zu begreifen und radikal zu prüfen, stellt sich da als erstes. Eine REVISION des politischen und theoretischen Arsenalts drängt sich auf, eine schonungslose Selbstkritik, frei vom rituellen Habitus stalinistischer Degeneration wie von starrer sektiererischer Gläubigkeit; allein orientiert am Gewinn von Einsicht in die eigenen Fehler, an Offenheit in der Erkenntnis und Lernbereitschaft und begleitet von Kultur und Toleranz im Umgang untereinander.

Die Bürde eines solchen Unterfangens liegt auf der Hand: guten Glaubens zu handeln und nunmehr MITSCHULD durch eigenes MITWIRKEN in einem repressiven politischen System zu erkennen und sich zu eigener MITVERANTWORTUNG an den sozialen und psychischen Folgen für Millionen Bürger, die ihnen der Einzug des zuvor als sterbend belächelten Kapitalismus beschert hat, zu bekennen. Aus einem solchen Labyrinth der Verstrickungen weist Nostalgie keinen Pfad. Sie mag die linke Seele in den schwächsten Stunden trösten und vielleicht sogar ermutigen, wenn sie von Wohltaten einer – sich durch diese erheblich selbst untergrabenden – Ordnung schwärmt, praktisch bedeutet sie eher das rückwärtsgewandte Abseits als ein Voran in einer sich aufs neue und eben anders ordnenden Welt. Doch zu neuem Aufbruch bietet sich die Chance gerade aus dem Mißerfolg heraus. Der »Besitz der Gewalt«, schrieb Immanuel Kant vor 200 Jahren, verdirbt »das freie Urteil der Vernunft unvermeidlich« – der Verlust der Gewalt, können wir folgern, erleichtert es.

Im Fokus der Selbstprüfung stehen Politik und Politikauffassung der SED, ihre Ideologie und die Geschichte der DDR. Die Beiträge in dieser Ausgabe von »Diskurs« wenden sich übergreifenden Problemstellungen auf diesen Feldern zu, nicht in erster Linie dem einzelnen Problem oder Prozeß, weil ohne die fundamentale Debatte über das Verständnis bzw. die Auffassung von Politik, von Substanz, Platz und Rolle der Ideologien, vom kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte eine zeitgerechte Selbstbewegung linken Denkens gar nicht oder nur äußerst mühsam vorwärtszubringen wäre. Gerade im Grundverständnis

nis der genannten Felder verbergen sich die Fallstricke auf dem Weg einer Neuorientierung. Eine Jahrzehnte währende simplifizierende, verzerrende oder entstellende Indoktrination, die Degradation des Marx'schen Denkens zur puren Legitimationsideologie »Marxismus-Leninismus«, dessen geistiger Monopolanspruch und die weitgehende Abkapselung vom internationalen Wissenschaftsprozess oder wenigstens die Ignoranz gegenüber seinen Früchten und manches andere intellektueller stalinistischer Praxis mehr – all das hat weithin tiefe Spuren im Denken hinterlassen. Im besonderen zu spüren ist dies in dem ambivalenten Verhältnis zu den Sozial- und Geisteswissenschaften, in dieser Kombination von deklariertem totaler Okkupation und Mißachtung ihrer Wirkungsbedingungen und möglichen Resultate. Nach Art einer Schnellreinigung können solche Mißwüchse nicht getilgt werden, und ein möglicher Effekt wäre wohl auch nicht einschneidend. Formeln wie die, es sei schlechthin alles im Leben politisch, jeder Zweig geistigen Lebens und Schaffens sei ideologischer Natur, Wissenschaft und Politik stellten für Marxisten eine Einheit dar, ihre Ideologie wie politische Praxis seien daher explizit wissenschaftlich fundiert, grassieren hier und da weiterhin unbekümmert. Sie sind griffig, vielversprechend und gefällig, eingängig und verführerisch, und so verleiten sie dazu, die Reflexion in der Sache und im Begriff niederzuhalten.

Doch eben die Reflexion, das abwägende Überdenken und Prüfen eigener Haltungen und äußerer Faktoren, die man offensichtlich nicht beherrscht hat, scheint »die grundlegende Bewegungsform im Werden politischen Wissens« (Karl Mannheim), weil sie zur vernunftbestimmten Aktion befähigt. So stark erlebnis- und erfahrungsgesättigtes Empfinden aus unmittelbarer Wahrnehmung politisches Denken stimuliert – erst die Bewußtheit, die aus einer diskursiv gewonnenen, rational begründbaren Erkenntnis entspringt, befähigt dazu, die Motive des eigenen Handelns zu beherrschen.

Die Beiträge dieses Heftes wollen dazu Mosaiksteine beitragen, indem sie Aspekte des Verhältnisses zwischen Ideologie, Politik und Wissenschaft sowie der kritischen Aufarbeitung der eigenen Geschichte diskutieren. Die Vorträge werden in der zeitlichen Abfolge, in der sie gehalten wurden, publiziert. ERNST WURL

INHALT

ERNST WURL

»Abschied von der Ideologie?« Zu Begriff und Platz von Ideologie und Wissenschaft in linker Politik (3)

DIETMAR KELLER

Ein Blick zurück im Zorn. Zum Umgang mit der Geschichte der DDR (33)

MICHAEL SCHUMANN

Politik ohne Ideologie? (47)

ERNST WURL

»*ABSCHIED VON DER IDEOLOGIE?*«
ZU BEGRIFF UND PLATZ VON
IDEOLOGIE UND WISSEN-
SCHAFT IN LINKER
*POLITIK**

Anführungsstriche und Fragezeichen in der Überschrift deuten ein Zitat und Zweifel an dessen Aussage an. Das Zitat hat zum Hintergrund den sich deutlich konfigurierenden strategisch-programmatischen Diskurs in der PDS, der sich im Vorfeld des Schweriner Parteitages im Hinblick auf Platz und Aspekte der Formierung einer »eigenen« Ideologie deutlicher denn je abzeichnete. Der Zweifel liegt im Worte »Abschied« und signalisiert, daß wenigstens strittige, wenn nicht gar konfrontative Punkte im Bedenken des Themas existierten. Unterdessen liegt in Gestalt des »Experten«-Kommentars zum Programm der PDS ein stimulierendes Diskussionsangebot vor, das manchen Einwand obsolet macht und zum weiteren Nachsinnen anregt, um sich einem sinnreichen Umgang mit dem verwirrenden Phänomen »Ideologie« zu nähern. Doch Mühen bleiben, denn der Ausgangspunkt der plötzlich aufgebrochenen Debatte um den Rang von Ideologie für die PDS ist zwar in dieser Hinsicht interpretiert, aber weiterhin in seinen sachlichen Bestandteilen ausdeutbar. Die Vorgeschichte des »Kommentars« läßt die Divergenzen im Problem selbst erkennen.

Die Überschrift des vorliegenden Beitrags nämlich rührt aus einem unter diesem Titel seit Oktober 1995 gleich zweimal veröffentlichten Aufsatz Uwe-Jens Heuers, in dem mit dem assoziativen Begriff »Abschied« gegen die von ihm ausgemachte Gefahr einer Absage an das Ideologische innerhalb der PDS und um sie herum polemisiert und für die Unabdingbarkeit der »einen Ideologie der Linken« plädiert wird.¹ Ob nun die Wahrnehmung ei-

* *Bearbeitete und aktualisierte Fassung eines Vortrags in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. am 10. Oktober 1996.*

¹ *Siehe Uwe-Jens Heuer: Abschied von der Ideologie? In: In großer Sorge. Was ist, was will das Marxistische Forum? Hrsg. von Uwe-Jens Heuer [u. a.] Schkeuditz 1996 (im folgenden Abschied von der Ideologie?). S. 62–74 (zuvor bereits veröffentlicht in: Marxistisches Forum. Berlin (1995)2: Weltanschauung und Linke. S. 13–19).*

ner solchen »Entideologisierungsbefürchtung« hinreichend begründet wurde oder nicht – die Begebenheit signalisierte eine erklärte »Revitalisierung« von »Ideologie« ausgerechnet in einer Partei, zu deren Gründungsmaximen die Einschwörung auf »eigene« Ideologie nicht gehörte. Bis dahin fehlte im programmatischen Wortschatz der PDS eine der am häufigsten von ihrer Vorgängerin benutzten Wendungen: »politisch-ideologisch«. Im Parteiprogramm erscheint das Wort »Ideologie« nur einmal und in einer Reihe mit Weltanschauung und Religion.² In den »10 Thesen« des Parteivorstandes (Dezember 1994) wurde strikter formuliert: »Die PDS ist keine Weltanschauungs- oder Ideologiepartei.« Statt dessen wurde ihr Charakter an »gemeinsam von der Partei erarbeitete politische Positionen und Forderungen und die sozialistische Vision« gebunden.³ Der sie ersetzende 5-Punkte-Beschluß des 4. Parteitages hielt an der »Vielfältigkeit der Ideen, der Standpunkte und Herangehensweisen« fest.⁴ In der zitierten Feststellung aus den »10 Punkten« sah U.-J. Heuer einen »nachdrücklichen Abschied« von der Ideologie innerhalb der PDS und lehnte Gregor Gysis Alternative von »politikorientierter« oder »ideologiebestimmter« Partei ab. Zudem äußerte sich um diese Zeit herum Erich Hahn mit Betrachtungen zum Ideologieproblem zu Wort.⁵ In der Vorparteitagsdebatte tauchte öffentlich die *Wertung* einer Ansicht als »ideologisch« auf, doch wurde zugleich wiederholt, daß die PDS keine »Gesinnungspartei der Rechtgläubigen« sei.⁶ Freiheit von Ideologie erweist sich offensichtlich als unerreichbar. So wäre, strenggenommen, der befürchtete »Abschied« von der Ideologie schon an dieser Stelle nur als ein subjektiv aussichtsloses Streben abzutun, oder als

2 Siehe *Disput. Berlin (1993)* 3–4. S. 47.

3 Siehe »*Neues Deutschland*« vom 6. Dezember 1994. S. 14.

4 Siehe *Disput. Berlin (1994)* 3–4. S. 27.

5 Siehe Erich Hahn: *Marxismus-Wissenschaft-Politik. In: Marxistische Blätter. Essen (1996)* 3. S. 76–80.

6 Der Vorsitzende der Statutenkommission, Michael Nelken, verwarf außerdem »ideologische Exempel« (im Zusammenhang mit dem Streit um den Platz Kurt Goffweilers in der PDS) und sprach von der gezielten Einführung des Begriffs »politisch-ideologische Gruppierungen« in die Statutendiskussion. Siehe seine Interviews in: »*Neues Deutschland*« vom 23. September 1996 (S. 6) und vom 26. September 1996 (S. 2); ferner die Mitteilung im Presse- und Informationsdienst der PDS vom 27. September 1996 (S. 2). In der Begründung zu den später veröffentlichten Statutenänderungen wird dazu ausführlich Stellung genommen. (Siehe *Presse- und Informationsdienst der PDS vom 11. Oktober 1996. S. 20ff.*)

präventives Feldgeschrei zur Ummäntelung ungenannter Ziele – beides der Polemik nicht wert. Doch kann sich in solcher Entwicklung ein Konflikt verbergen, der aus dem »Gründungsabschied« der PDS vom Überwuchern der marxistisch-leninistischen Ideologie und der Konsequenz ideologischer Offenheit auf der einen Seite und dem Drängen nach einer favorisierten Fixierung andererseits zu Konfusion, Mißverständnissen und Belastung der politischen Handlungsfähigkeit führt. Wie auch immer: Die Verweigerung des Begriffs »Ideologie« oder seine partielle Renaissance bleiben zwielfichtig, solange man nicht Gewißheit durch Selbstverständigung in der Sache, zumindestens durch ein überdachtes »bewußtes« Verhältnis gewonnen hat. Ein unreflektiertes und zwangsläufig ein oft genug fragwürdiger praktischer Umgang können rasch zu einer Brücke werden, um auf allzu unbeschwerte Weise mit dem zu überdauern, was bis 1989 in der SED in dieser Hinsicht gang und gäbe gewesen ist – und was erwiesenermaßen zu einem verselbständigten »falschen Bewußtsein« der politischen Führung der DDR und so zu deren Katastrophe erheblich beigetragen hat. Doch dies wäre schon ein ideologisches Argument, weil ein Wert, mit subjektiver Erfahrung begründet, gesetzt wird, dem andere mit anderen Zielen widersprechen könnten.

Von solchen Erwägungen her sollen aus politikwissenschaftlicher Sicht einige Problemlagen skizzenhaft erörtert und zur Reflexion anheimgestellt werden, wie: Strukturelemente des Ideologischen, die Frage nach einer »wissenschaftlichen« Ideologie, die Beziehung zwischen Ideologie und Wissenschaft, des Wissenschaftlers zu Ideologie und Politik.

Es begann mit dem Verdikt Napoleons ...

Der erklärte Wunsch, mit den Ideologien möge es ein Ende nehmen und eine »Entideologisierung« eintreten, ist fast so alt wie die wissenschaftliche Ideologiekritik selbst, als diese in der Neuzeit mit Francis Bacon im 17. Jahrhundert für uns ihren Auftakt erlebte.⁷ Bereits mit Antoine Destutt de Tracy, der als Begründer des Ideologiebegriffes gilt (1796) und Ideologiekritik als Gesellschaftskritik verstand, trat das Dilemma um »Ideologie« ans Tageslicht: Napoleon I., als emporstrebender Junggeneral

7 Siehe dazu u. a. Hans-Joachim Lieber: *Ideologie. Eine historisch-systematische Einführung*. Paderborn [u. a.] 1985. S. 126–155.

Sympathisant der »Ideologen«, löste nach dem Antritt des Konsulats ihr institutionelles Zentrum, das Institut National, auf, weil er keinerlei selbständige wissenschaftliche Untersuchung gegenwärtiger politischer, gesellschaftlicher und moralphilosophischer Probleme wollte – er befürchtete, »Ideologie« würde die Opposition gegen seine autokratische Herrschaft fördern.⁸ Der verächtliche Gebrauch des Attributs »ideologisch« nahm hier seinen Ausgang.

Mit Napoleons Verdikt war der Ansatz für das innere wie äußere existenzielle Problem jeder Ideologie, was immer fortan in sehr unterschiedlichen Sichten darunter verstanden wurde, geboren: der potentielle Konflikt in seiner Doppelfunktion zwischen Herrschaftskritik und dem Entwurf alternativer Gegenmodelle einerseits, und/oder der Legitimation bestehender Herrschaft bzw. der Politik und ihrer Ausrichtung andererseits. Da beides häufig ineinander überging, politische Opposition zur Herrschaft wurde und vice versa, entfaltete sich diese Spannung dann mit äußerster Intensität oft in ein und derselben politischen Kraft. Daraus erwuchs auf jeder Seite der Drang, das eigene geistige Rüstzeug zu konsolidieren und Gegenlehren zu verdrängen. Das Phänomen der »ideologischen« Monopolisierung der jeweils eigenen Zweckanschauungen der Herrschenden oder wenigstens ihrer alle anderen nahezu bändigenden kulturellen Hegemonie in der Gesellschaft begleitete den Weg der Ideologien und machte sie in Wirkung und Gegenwirkung zu einer Last, der niemand entrinnen konnte.

Die wechselvolle Streitgeschichte des Ideologiebegriffes, bis in die Gegenwart hinein maßgebend durch die Auffassungen Marxens beeinflusst, mündete nach dem Zweiten Weltkrieg in eine neue Stufe ein, als die Schlachtrufe »Entideologisierung« bzw. »Reideologisierung« in kurz aufeinander folgenden Wellen sich ein um das andere Mal ablösten: In der nichtmarxistischen Geisteswelt verstand man nachgerade unter der »Verabschiedung« der Ideologien mehr oder weniger, sie hätten schlechthin ihre Funktion eingebüßt, und zwar als geschichtsphilosophisch begründete politisch-theoretische Handlungsprogramme.⁹

⁸ Siehe Hans Barth: *Wahrheit und Ideologie*. 3. Aufl. Erlenbach [u. a.] 1961. S. 22ff.

⁹ »Das Ende der großen Entwürfe« war 1991 eine interdisziplinäre wissenschaftliche Konferenz überschrieben, die nach der weltgeschichtlichen Zäsur den Kehraus der »Großtheorien«, die auf die Objektivität der Erkenntnis, die Steuerbarkeit der Gesellschaftsprozesse und ihre Sinngebung setzten, ob Utopien oder

Zur Typologisierung des Begriffes Ideologie

Am Begriff der Ideologie führt schon deshalb kein Weg vorbei, weil er weithin im Alltag verwendet wird und nach allgemeinem Verständnis politische und empirisch-analytische Bedürfnisse befriedigt. Doch die konkurrierenden Interessen der daran Beteiligten und ihre individuelle Disposition (ob autoritär präventiv oder kommunikativ), oft innerhalb ein und derselben politischen Richtung selbst, unterbinden einen allgemein anerkannten Begriff, und wenigstens in gleichem Maße steht ihm die Vielgesichtigkeit der Materie selbst im Weg. Im tagtäglichen Umgang der Medien und vieler Politiker reicht die Spanne in der Auslegung des Begriffes von eigener politischer Überzeugung oder Weltanschauung über ihren machtbesessenen Gebrauch bis zu Illusionen oder Lügen. Wer eine durchgreifende Rationalisierung der Kategorie anstrebt, die sie in ihrer Reichweite begrenzen und dadurch präzisieren würde, steht vor einer hoffnungslosen Situation – eben da die Absurdität herrscht, daß Ideologie ein solches Vorhaben selbst hintertreibt: Ihre bedeutendste Dienstherrin, die Politik, profitiert vom Gutdünken als einem vieldimensionalen nützlichen Instrument. Die zahlreichen Begriffe zu sichten und zu bearbeiten würde wie eh und je voraussichtlich nur zu einem nicht minder umstrittenen neuen führen, dem in der Politik niemand zu folgen bereit wäre. Um über einen in dieser Hinsicht, dem überwiegenden politischen Praxisbezug, einigermaßen zweckgemäßen Sockel zu verfügen, ist ein Arbeitsbegriff unumgänglich.

Für einen solchen Versuch aus politikwissenschaftlicher Sicht greife ich auf die sechs Begriffstypen zurück, die der englische Politikwissenschaftler Terry Eagleton aus dem Überangebot der Definitionen herausgefiltert hat¹⁰, und interpretiere sie sparsam. Eagleton unterscheidet in absteigender Weite des Begriffes:

Erstens Ideologie als Bezeichnung für den *allgemeinen Prozeß der Erzeugung von Ideen, Überzeugungen und Werten* des gesellschaftlichen Lebens; ein solches Verständnis ist wertneutral,

»Großtheorien« à la Kapitalismus oder Sozialismus, ausdrücklich feiern wollte. Nunmehr gehe es um die »kleinen Entwürfe« mit bescheidenerem Geltungsanspruch, um »Sachzwänge« und »Realpolitik« in kleinreformerischem Geiste. – Siehe Das Ende der großen Entwürfe. Hrsg. von Hans Rudi Fischer/Arnold Retzer/Jochen Schweizer. Frankfurt am Main 1992. S. 9.

¹⁰ Siehe zum Folgenden Terry Eagleton: *Ideologie. Eine Einführung*. Stuttgart, Weimar 1993. S. 38ff.

steht einem erweiterten Begriff von Kultur nahe, erfaßt also das gesamte Spektrum, und bezeichnet eben die gesellschaftliche Determiniertheit jeder Gestalt des Denkens und der Sinngebung menschlichen Handelns. Es stellt einen Widerpart zur idealistischen Sicht der puren Selbsterzeugung des Denkens dar. Doch Abstraktheit macht diesen Begriff unpraktisch, er erklärt generell das Auftreten des Phänomens, politische Konflikte hingegen kann er nur ungenügend erhellen, da sie sich stets aus dem Zusammenprall partikulärer Interessen ergeben.

Darum engt er *zweitens* ein auf *Ideen und Überzeugungen* jeweils einzelner gesellschaftlich relevanter Gruppen oder Klassen, unabhängig von Wahrheit oder Unwahrheit, also auf eine »Art kollektiver symbolischer Selbstdarstellung«; das berührt den Begriff der Weltanschauung, deckt sich aber nicht mit ihm, weil so nicht durchgängig fundamentale Positionen erfaßt werden und ein und dieselben Überzeugungen durchaus von unterschiedlichen weltanschaulichen Grundlagen ausgehen können; »gesellschaftlich relevante« Gruppen mißt sich nicht zwingend an der zahlenmäßigen Größe; denn durchaus kleine, schon sektenartige, können unverhältnismäßig vernehmbar und sogar relativ effizient Selbstdarstellung in die Öffentlichkeit lancieren.

Folgerichtig erkennt er *drittens* die *Propagierung und Legitimierung der Interessen sozialer Gruppen* gegenüber opponierenden Interessen, die für die Sicherung oder die Herstellung einer bestimmten politischen Lebensweise insgesamt bedeutungsvoll sind; damit wird mit der Aktivität, die über reine Selbstdarstellung hinausgeht, eine bestimmte Qualität des Interesses beansprucht. An diesem Begriff von Ideologie könnte man den Ausdruck »ideologische Auseinandersetzung« ansiedeln, bei der es dann um Ideologie als ein Diskursfeld ginge, auf dem gesellschaftliche Kräfte über die Reproduktion gesellschaftlicher Macht in Konflikt geraten. Hier liegt wahrscheinlich auch die Wurzel dafür, daß Ideologie die Rolle eines Handlungskonzeptes zugesprochen wird, und von daher wiederum, daß sie in der Öffentlichkeit häufig mit einem »Hauch geschmacklosen Opportunismus« versehen wird, mit der Bereitschaft, die Wahrheit für nichtrespektable Interessen zu opfern; weniger die Analyse der tatsächlichen Verhältnisse als die Erzeugung nützlicher Effekte für die eigene Sache scheint Vorrang zu besitzen.

Analog dazu steht *viertens* ein Begriff mit der *Betonung partieller Interessen*, doch ausschließlich auf die herrschende politische

Macht bezogen, deren Ideen die Gesellschaftsentwicklung gewissermaßen vereinheitlichen, ohne daß offener Meinungsterror herrschen muß: Sie versichert sich, ohne ihre eigene intellektuell-kulturelle Hegemonie preiszugeben, der Mitarbeit der untergeordneten Klassen und Gruppen durch Erzeugung eines auch diesen nützlichen geistigen Milieus; dafür steht der bekannte Satz Marx' und Engels', daß die Ideen der herrschenden Klasse stets die herrschenden seien¹¹.

Daran schließt sich *fünftens* der Bezug allein auf die *Ideen der herrschenden Macht* als Legitimierung der eigenen Interessen, indem die Wirklichkeit entstellt und verzerrt wird, und *sechstens* folgt, – ebenfalls in der Bedeutung von »Falschheit« der Ideen, aber nicht aus den Interessen der herrschenden Klasse heraus, sondern überhaupt als *Ausgeburt der materiellen Struktur der Gesellschaft*. Das klassische Beispiel dafür ist die Theorie des Warenfetischismus in der kapitalistischen Gesellschaft bei Marx.

Alle diese Typen enthalten Elemente dessen, was real existiert, allein für sich genommen bleiben sie unvollkommen und können der Komplexität des nun einmal als Ideologie bezeichneten Phänomens nicht gerecht werden.¹²

Als *Arbeitsbegriff* wird also im Folgenden eine zweidimensionale Sicht zugrunde gelegt: Zum einen ein *allgemeiner Ideologiebegriff*: Entstehung und Wirken von Ideen, Überzeugungen, Werten aus der Gesamtgesellschaft heraus, sei es aus ihren materiellen Bedingungen, sei es subjektiv erzeugt, so daß in übergreifender, komplexer Weise das Gesamtphänomen von Auffassungen verschiedenster Art in der Gesellschaft beschrieben wird; darin dominieren sicher die Vorstellungen der auch in der jeweiligen Gesellschaft herrschenden politischen und sozialen Kräfte; zum anderen ein *partikulärer Begriff*: der Bewußtseinszustand einzelner Gruppen, Untergruppen und Strömungen in der Gesellschaft, der ihre Interessen und daraus oder aus anderen Wirkungsfaktoren rührende gesellschaftliche Vorstellungen reflektiert, sie begründet, wissenschaftlich und/oder logisch

¹¹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*. In: MEW. Bd. 3. S. 46.

¹² *Andere Klassifizierungen ordnen strenger nach der Funktion und der Instrumentalisierung von Bewußtseinsinhalten für die Politik*. – Siehe Hans-Joachim Lieber: *Ideologie. Eine historisch-systematische Einführung*. Paderborn [u. a.] 1985. S. 14ff. – Kurt Lenk: *Ideologie/Ideologiekritik*. In: *Wörterbuch Staat und Politik*. Hrsg. von Dieter Nohlen. Bonn 1991. S. 231.

wahr oder falsch formuliert und propagiert, um diesen Vorstellungen eine politisch und sozial effiziente Gestalt zu geben, und versucht, sie handlungsorientiert mittels Organisation zu bündeln. Eine solche Sicht befindet sich in der Nachbarschaft der Politikauffassung Max Webers als interessenbestimmtes Ringen um und Praktizieren von Macht¹³ und schließt alle Gruppen, nicht nur die herrschenden, ein. Die Formulierung der partikulären Ideologien eröffnet den »eigentlichen«, den professionellen »Ideologen« Spielräume der subjektiven Ausgestaltung. Doch besitzen einmal entstandene Ideologien ihre Selbstbewegung, so daß sie durchaus nicht immer nur eine bloße Widerspiegelung von materiell determinierten Interessen sein müssen, so wie sie ebenso der Willkür des Ideologen Beharrungskraft entgegensetzen können.

Ideologiebegriffe in der PDS und ihre Implikationen

In welchem Verhältnis stehen die Angebote der genannten Theoretiker aus den Reihen der PDS zu dem gewählten Ansatz?

Erich Hahn bekennt sich zu einer Definition, die mit den einschlägigen philosophischen Nachschlagewerken in der DDR vor 1990 inhaltlich übereinstimmt, sieht man von der Ersetzung des Begriffs »System« durch »Gesamtheiten« ab. Er persönlich vertritt sie in der Substanz seit den 60er Jahren.¹⁴ In dem für die PDS-Bundestagsgruppe verfaßten Material von 1993 schreibt er: »Unter Ideologie werden im Folgenden jene Gesamtheiten [früher statt dessen: ein System] politischer, rechtlicher, philosophischer und anderer Auffassungen, Ideen, Werte und Theorien verstanden, die der Lage, den Interessen und Zielen sozialer Gruppen, vor allem Klassen – falsch oder richtig – Ausdruck

¹³ Siehe Max Weber: *Politik als Beruf*. 1919. In: Max Weber: *Wissenschaft als Beruf*. 1917/1919. *Politik als Beruf*. 1919. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schuller in Zusammenarbeit mit Birgit Morgenbrod. Tübingen 1994. S. 36 (Max-Weber-Gesamtausgabe. Bd. I/17).

¹⁴ Siehe u. a. *Philosophisches Wörterbuch*. Hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr. Bd. 1. Berlin 1974. S. 546. – Alfred Kosing: *Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie*. Berlin 1985. S. 245. – Erich Hahn: *Ideologie. Zur Auseinandersetzung zwischen marxistischer und bürgerlicher Ideologie. Eine Betrachtung zum XIV. Internationalen Kongreß für Philosophie 1968*. Berlin 1969; *Ideologie und Erkenntnis*. In: *Ideologie – Wissenschaft – Gesellschaft. Neue Beiträge zur Diskussion*. Hrsg. von Hans-Joachim Lieber. Darmstadt 1976. S. 420–427.

verleihen und deren Handeln orientieren.«¹⁵ In einem späteren Aufsatz begründete er vor diesem Hintergrund die »marxistische« Auffassung von der »Wissenschaftlichkeit« sozialistischer Ideologie.¹⁶

Uwe-Jens Heuer hingegen lehnt einen auf Klassen reduzierten Ideologiebegriff ab, sieht heute die Chance, wieder auf den allgemeinen Ideologiebegriff im Marxschen Ansatz zurückzugreifen und kleidet nach einer Diskussion von Aussagen Marxens, Engels' und anderer linker Theoretiker seine These in die Worte: »Politisch-strategische Zielstellungen unterschiedlicher Art in der Gesellschaft sind mit dem Massenbewußtsein [...] über eine Bündelung von Aussagen und Bewertungen verbunden, die man sinnvollerweise in der Tradition von Marx als Ideologie bezeichnet.«¹⁷

In dem angeführten Arbeitsbegriff sind Elemente beider Definitionen anzufinden. Doch sie lassen einige Aspekte nachfragen.

Generell ruft der Rekurs auf Marx und Engels bzw. die Wiederholung der erst im Marxismus-Leninismus vollführten Verengung Zweifel hervor, da dies nicht Unwesentliches aus der Ideologiesicht Marxens beiseite läßt und von daher Komplikationen auftreten. Bei Marx und Engels nahm die Deutung von Ideologie als »falsches Bewußtsein« einen zentralen Platz ein, sowohl als »neutraler« Begriff, unabhängig von Klassen, wie auch als Mittel, Partikularinteressen (der herrschenden Klasse) für universale Geltungsansprüche auszugeben.¹⁸ Zu Marxens Ideologieverständnis gehörte expressis verbis der allgemeine Täuschungscharakter der gesellschaftlichen Verhältnisse als eine Art Naturprozeß, der aus der Warenproduktion hervorgeht. Ihn bezog er zu seiner Zeit natürlich auf die kapitalistische Waren-

15 Erich Hahn: *Zur Rolle der Ideologie*. In: *Ansichten zur Geschichte der DDR*. Bd. 1. Hrsg. von Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf. Bonn, Berlin 1993. S. 212.

16 Siehe Erich Hahn: *Marxismus – Wissenschaft – Politik*. In: *Marxistische Blätter*. Essen (1996)3. S. 76–80.

17 Uwe-Jens Heuer: *Abschied von der Ideologie?* S. 70.

18 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*. In: *MEW*. Bd. 3. S. 47. – Daß »falsches Bewußtsein« als Merkmal von Ideologie in der DDR abgelehnt wurde, begründete die »Erkenntnistheorie« offen damit, daß man dann ja auch den Marxismus-Leninismus darunter fassen müßte. – Siehe Dieter Wittich/Klaus Gößler/Kurt Wagner: *Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie*. Berlin 1980. S. 55.

produktion¹⁹ (dies angemerkt, weil Erich Hahn ihn darauf beschränken will).

Uwe-Jens Heuer greift darauf zurück (in anderer Hinsicht nicht), Erich Hahn geht daran vorbei. Daß solche Aspekte in den marxistisch-leninistischen Definitionsbemühungen ausgeklammert wurden, erklärt sich leicht: Da die Entfremdung in warenproduzierenden staatssozialistischen Gesellschaften mit einem abstrakten gesellschaftlichen Eigentum durchaus anhielt, hätte die offizielle Doktrin »sozialistische« Ideologie als »falsch« ebenfalls der Kritik unterwerfen müssen. Nun aber erschien Ideologie als etwas durch die Partei Konstituiertes – als »wahr«, anerziehbar und steuerbar –, so schließlich Lenins Konzept vom »Hineintragen« der sozialistischen Ideologie. Den Begriff »falsch« in der modernen kapitalistischen Gesellschaft nicht ins Spiel zu bringen, müßte folgerichtig die gleiche Schlußfolgerung bewirken. Und: Das Leninsche Konzept taucht so auf Umwegen in sogar simplifizierter Machart auf. Der Gesellschaft entsprossene Vorstellungen können eben nicht einfach und beliebig ausgewechselt werden, und auch ihre *gewollte* Konstituierung wird dem Einfluß der tradierten Bedingungen immens ausgeliefert sein.

Ein weiteres Problem liegt in der Weite des Ideologiebegriffes. Erich Hahn faßt Ideologie ausschließlich partikulär, bezogen auf soziale Gruppen, und mißachtet den gesamtgesellschaftlichen Aspekt. Er läßt außer Betracht, daß in jeder Gesellschaft oder jedem Gesellschaftssystem gemeinsame Interessen, Bedürfnisse, Kulturwerte, Wertvorstellungen und Traditionen sich finden, deren Existenz erst ein geistiges Bindemittel der Gesellschaft liefert. Sie spiegeln in übertragenem Sinne wider, was Marx für den Staat anmerkte: die gemeinsamen Geschäfte aller in der Gesellschaft Lebenden. In dieser universellen Position offerieren übergreifende Interessen und Werte eine formidable ideologische Ressource: Die herrschenden politischen Kräfte können sie als retardierendes Element gegen Veränderungen in Dienst nehmen, und jeder Gruppe der Gesellschaft stehen sie als Fundus zur Verfügung, aus dem sie für ihre spezifischen ideologischen Konstrukte Zutaten entnehmen kann. Dies ist politisch-praktisch in mehrfacher Hinsicht relevant: Die allen gemeinsamen Elemente – Geschichte, Kultur, Traditionen –, welche die Nation geprägt haben, lassen sich unschwer aktivieren. Und:

19 Siehe Karl Marx: *Das Kapital. Erster Band. In: MEW. Bd. 23. S. 86f.*

Wer solche Elemente besetzt, hat es leichter, sein egoistisches Interesse als ein allgemeines vorzutäuschen.

Die Offenheit gegenüber der Gesellschaft ist jedoch bedeutsam für die Formierung der gruppenspezifischen Ideologien überhaupt. Reine Reproduktion der eigenen Ideologie aus sich selbst heraus, die immer wiederkehrende beschwörende Selbstbescheidung auf die deklarierten geistigen Väter und die eigene Tradition, die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realitäten nur aus den einmal gesetzten Normativen und Werten heraus – all dies würde kurz über lang Verkrustung und Sterilität, Wirklichkeitsfremdheit, Selbsttäuschung und Abschottung vom Zivilisationsprozeß im Gefolge haben –, wie für ideologisch und politisch geschlossene Systeme charakteristisch, die sich selbst so darstellen und zumeist auch empfinden. (Freilich können ebenso sich als »offen« verstehende Systeme in diesen Zustand geraten, da ihnen diese Phänomene nicht per se fremd sind.) Allein die Verarbeitung des breiten Stroms des gesamten gesellschaftlichen Denkens, so wach wie kritisch ihm und den eigenen Grundsätzen gegenüber, kann Dynamik und Lebensfähigkeit der eigenen ideologischen Grundsätze gewährleisten.

Zu Recht bevorzugt in meinen Augen E. Hahn heute den Begriff »Gesamtheit« und nicht den des »Systems«, wenn er Strukturelemente des Ideologischen aufzählt. Er greift damit die seinerzeit »abweichende« Formulierung Dieter Wittichs in seiner »Erkenntnistheorie« auf.²⁰ Der Systembegriff wäre in seinen Auslegungen erheblich brisanter. Jedes System, also ein sich nach bestimmten Funktionsregeln selbst steuernder komplexer Organismus aus miteinander verbundenen Elementen, strebt danach, sich in einem stabilen Zustand zu halten. Diese Stärke ist zugleich seine Schwäche; denn was der Selbsterhaltung dient, blockiert zur gleichen Zeit die eigene Fortentwicklung und führt am Ende zu einem existentiellen Konfliktzustand. In dem Augenblick, wo die verbindliche Ideologie als ein System aufgefaßt und umfassend gehandhabt, eine »geschlossene« Ideologie wird, vermag sie zunehmend weder Impulse aus ihrer Umwelt zu verarbeiten, noch die eigenen Paroxysmen zu bewältigen.²¹ Tritt die institutionelle Verknüpfung der »einheitlichen«

20 Siehe Dieter Wittich/ Klaus Gößler/ Kurt Wagner: *Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie*. Berlin 1980. S. 18.

21 *Der Marxismus-Leninismus, wie er in der von Stalin geformten Gestalt für die gesamte Zeit des Realsozialismus wirksam wurde, repräsentierte erklärtermaßen ein solches geschlossenes (»einheitliches«) ideologisches System, wie wir*

verbindlichen Ideologie mit politischer Macht in Gestalt einer Partei hinzu, werden alle politischen Entscheidungen zu Akten letzten Glaubens, so sprunghaft, opportunistisch und pragmatisch sie in den wechselnden konkreten politischen Situationen sein können. Die evolutionäre Fortentwicklung eines solchen Zustands in die Richtung eines »offenen« Systems hat sich historisch für den Staatssozialismus denn auch als blockiert herausgestellt.

An dieser Stelle bricht sich gleichfalls die originär gegebene Beziehung zwischen Ideologie und Politik in der Alternative: Wird Ideologie als Instrument zur unmittelbaren Realisierung einer Werteordnung eingesetzt, werden subjektiv bestimmbare abstrakte Werte zum Leitfaden »der« Politik in ihrem jederzeitigen Alltag? Oder erblickt man in Politik eine gestaltende Kraft für Ziele, die, in einer gewissen offenen Bandbreite, in einer variablen Allgemeinheit und Hierarchie, eigenen Idealen, Leitbildern und Visionen verpflichtet sind, mißt an ihnen aber nicht fortwährend jeden Schritt millimetergenau nach und bleibt fähig, sie selbst an den Realitäten der Gesellschaft zu prüfen?

Ideologie ausschließlich auf dem Plateau von Klassen festzumachen bedeutet, mit einem »idealtypischen« Begriff zwangsläufig nur sehr allgemeine Bewußtseinsinhalte zu erschließen. Jede Typologisierung hebt die komplexe Realität durch Selektion von Merkmalen auf eine Stufe der Abstraktion, die so schon nicht mehr »real« ist; je höher die Ebene, desto allgemeiner ihr politischer Orientierungswert, also sogar »unpraktischer«. Daher halte ich die Ausrichtung auf Ideologien unterhalb der Ebene der Klassen und anderer sozialer Großgebilde für erheblich geeigneter. Innerhalb sozialer Großgruppen erlaubt allein schon die im Detail vielschichtige gemeinsame Interessenlage verschiedenerlei Antworten und verschiedene Ausdrucksformen; nur selten konstituiert beispielsweise eine Klasse eine einzige politische Partei. Erst wenn Gruppen innerhalb der Klassen, Parteien usw. in ihren Interessen und Vorstellungen spezifisch und konkret wahrgenommen werden, gewinnen sie als ideologische Faktoren praktische politische Relevanz. Sie sind dann nämlich

es vergleichbar heute nur in fundamentalistischen Religionen oder extremen politischen Konzepten antreffen. – Natürlich kann man auch gesellschaftlich offene Systeme formulieren, nur nahm der Marxismus-Leninismus dies für sich nicht in Anspruch, und auch die gesellschaftliche Wirklichkeit in westlich-demokratischen Ländern weist alle Züge auf, eine real offene, also bis zur Systemaufgabe reichende Selbstentwicklung weitestmöglich zu unterbinden.

direkt mit den real wahrnehmbaren sozialen, politischen und geistigen Konflikten verkettet. So bilden sich »von unten« her Interessensichten und Ansatzpunkte von übergreifenden langfristigen Lösungsstrategien heraus. Wir stünden nicht mehr vor einem reinen »Kopfprodukt«, das am Schreibtisch von Berufenen erdacht wurde, sondern vor einem Interessenverständnis, das an der Basis in der Gesellschaft seinen Anfang nahm.

Wie stünde es nun um einen »synthetischen« Ideologiebegriff, der Ideologie in Doppelfunktion sieht: als »Bündelung von Aussagen und Bewertungen« und als Vermittler zwischen politischer Strategie und Massenbewußtsein? Funktional würde Ideologie in dieser Weise wie vormals ähnlich als Instrument politischer Führung beschrieben.²² Akzeptieren würde ich an dieser These, daß die Formierung einer Parteiideologie nicht völlig losgelöst werden kann vom dominierenden Bewußtsein in der Gesellschaft, insbesondere der eigenen Zielgruppen.²³ Allerdings hege ich gegen die Definition des Autors wenigstens drei Einwände: *Erstens* entfällt der Bezug zu Interessen, Machterwerb und -legitimation, so daß der Zweck der Zusammenführung der undefinierten Elemente eines »Massenbewußtseins« mit »Strategie« verborgen bleibt. *Zweitens* werden als Gegenstand von Ideologien in logisch nicht nachvollziehbarer Konstruktion »Aussagen und Bewertungen«, »Einsichten und Werte« genannt. Aussagen schließen Bewertungen ein, fußen u.a. auf Einsichten (Erkenntnissen) und messen an Werten. Und *drittens*: »Politisch-strategische Zielstellungen« schweben nicht frei in einer »Gesellschaft«, sondern sind institutionell gebunden, an Staat, Parteien, Verbände usw., woher die Begriffe wie Politik und Strategie überhaupt ihren Sinn erhalten.

Wie nun kann es um die »eine Ideologie der Linken« stehen? Daß sie mehr als eine »Seelengemeinschaft«, etwas Komplexes, Stabiles und politisch Umsetzbares bedeuten kann, erscheint als unwahrscheinlich. Der wünschenswerte »Grundbestand gemeinsamer Einsichten und Wertungen« vermag nur eine minimale Quantität von Positionen zu erfassen, etwa wie Reinhard Mocek es beschreibt: »linkes Denken heute ist irgendwie einge-

22 Siehe Uwe-Jens Heuer: *Abschied von der Ideologie?* S. 11.

23 Siehe dazu das anregende Diskussionspapier der Grundsatzkommission der Partei des demokratischen Sozialismus: *Analyse zur gesellschaftlichen Situation und zu Realisierungschancen sozialistischer Politik*. Berlin vom 23. Juni 1996. Insbesondere S. 14, ff. (Schriften zur Diskussion).

rahmt in die Begriffe bzw. Werte Solidargemeinschaft (Lorenz von Stein), Kampf für die Rechte der Lohnabhängigen gegen das Kapital (Marx) und Emanzipation in Freiheit und Demokratie (Rosa Luxemburg). Damit ist dieser Begriff zugleich an einen Werterahmen gebunden. Links verträgt sich nicht mit Ungleichheit und antiemanzipatorischen Strukturen²⁴. Ein Werterahmen in dieser Qualität kennzeichnet eine ideologische Grundströmung aus unterschiedlichen Richtungen politischen Denkens, die sich in Ansätzen gemeiner Politiken und in politischen Projekten finden können. Da die Welt verschieden interpretierbar ist und eine Vereinheitlichung nicht erzwingbar, werden Diskussionen für die substantielle Erweiterung einer solchen kargen gemeinsamen Ideologie entweder ein gutgemeinter Wunsch bleiben oder vage Resultate mit fraglichem Nutzen erbringen, und vielleicht werden in den dabei entstehenden neuen Konflikten ein paar konkurrierende Sektenglauben sich reiben können. Was auch immer in den Ludergeruch gerät, irgendeine Tendenz zu einer neuen Monoideologie mit Monopolanspruch und Kodex zu fördern, droht alte Komplikationen der Orthodoxie zu reproduzieren. Wirkt der tradierte Drang nach Einheitlichkeit und Geschlossenheit fort? Mir scheint kein anderer Weg gangbar, als Vielfalt aufrichtig zu akzeptieren und sie an exakt umrissenen Projekten zu fokussieren.

Strukturelemente des Ideologischen

Die zuletzt ausgeführten Aspekte lassen nachforschen, welche Bestandteile Ideologie für die Politik als einen Komplex das Denken prägender und handlungsanleitender Aussagen enthält. Die mögliche These, Ideologie sei »theoretisches Klassenbewußtsein«²⁵, teile ich zum einen deshalb nicht, weil auf diese Weise Ideologie ausschließlich ein Kunstobjekt theoretischen Denkens und seiner potentiellen Fremdbestimmtheit wäre: Wer be-

24 Reinhard Mocek: *Potentiale linken Denkens in Deutschland Ost. Thesen zur Annäherung an ein schwieriges Problem*. In: *Utopie kreativ*. Berlin (1996)68. S. 10.

25 *Das Hochschullehrbuch »Dialektischer und historischer Materialismus«* (Hrsg. von Frank Fiedler u. a. Berlin 1983. S. 387), formulierte dies in exemplarischer Einseitigkeit: »In der Ideologie manifestiert sich das theoretisch ausgearbeitete Klassenbewußtsein, das den Charakter eines mehr oder weniger geschlossenen und stabilen, dauerhaften Systems von Ideen trägt.«

stimmt, was Klassenbewußtsein ist und sucht es in den Rang von Theorie zu erheben? Umfaßt Ideologie vielleicht nicht weit mehr als nur das soziale und Selbstbewußtsein von Klassen, wenn man es denn gefunden hätte? Daß seine Spannweite weit über »Theorie« hinausreicht, kam bemerkenswerterweise parallel zur erwähnten These in den 60er Jahren in der DDR zeitweise durchaus zur Sprache. Harald Schliwa begründete seinerzeit detailliert, daß in das Gesamtphänomen »Ideologie« Elemente des Phantastischen einfließen, ja es sogar möglich sei, daß »überwiegend Mythen, Fiktionen, spekulative Konstruktionen, phantastische Vorstellungen notwendigerweise produziert werden und das System der Ideologie konstituieren.« Er zog daraus den Schluß, daß Wissenschaft und Ideologie nicht identisch seien. Allerdings entstand zu jener Zeit die Gegenthese »Einheit von Wissenschaft und Ideologie«, die ex cathedra bindend wurde und letztlich jede Erkenntnistheorie als »Teil der Ideologie einer sozialen Klasse« auswies.²⁶

Werte, Überzeugungen und Verhaltensregeln, aus denen kollektive Handlungsbereitschaft erwachsen kann, bilden sich ursächlich vorerst durch Erfahrung und Einsicht heraus, in denen sich unterschiedliche Stufen der Erkenntnis spiegeln: spontane Eindrücke, Emotionen, Gewohnheiten, Traditionen, Vorurteile – allesamt im vorwissenschaftlichen Raum angesiedelt. Sie fließen in den Komplex des Ideologischen fürs erste – und zuweilen ausschließlich – ohne theoretische Verarbeitung ein. In der Praxis politischer Arbeit vor Ort besteht daran auch gar kein Zweifel, denn sie sucht die begrenzten persönlichen Erlebnisse, Ängste und Spekulationen um die eigene Zukunft, Sehnsucht nach dem Verlorenen u. ä. m. zu mobilisieren. Der unlängst verstorbene Heinz Jung lobte in diesem Verständnis Nostalgie als eine »mentale Ressource sozialer und politischer Bewegungen«, als einen »wichtigen Kraftquell«.²⁷ Mit Wissenschaft hat das offen-

26 Siehe Harald Schliwa: *Der marxistische Begriff der Ideologie und das Wesen und die Funktionen der sozialistischen Ideologie*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*. Berlin 16(1968)9. S. 1045f. – Erich Hahn: *Ideologie. Zur Auseinandersetzung zwischen marxistischer und bürgerlicher Ideologie. Eine Betrachtung zum XIV. Internationalen Kongreß für Philosophie 1968*. Berlin 1969. S. 126. – Dieter Wittich/Klaus Gößler/Kurt Wagner: *Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie*. Berlin 1980. S. 19.

27 Heinz Jung: *Nostalgie. Mentale Renaissance sozialer und politischer Bewegungen*. In: *Sozialismus*. Hamburg (1994)165. S. 14–17. Jung stieß damit allerdings auf lebhaften Widerspruch. Siehe Theodor Bergmann/Mario Keffler:

sichtlich nichts zu schaffen – doch zugegeben: Ohne Emotionen oder Vor-Urteile nehmen weder Wissenschaft noch Politik ihren Anfang. Allerdings: Dabei zu verharren oder sie zu favorisieren höhlt die Substanz beider aus, weil es ersterer die Profession und letzterer auf Dauer den Boden den Füßen raubt.

Ein anderer Schluß aus der Struktur von Ideologien wäre, daß sie nicht zwingend genau durchdachte und durchformulierte Überzeugungssysteme sind, man würde die affektativen, unbewußten, mystischen und rituell-symbolischen Elemente in ihnen übersehen.²⁸ Sie finden sich an, gewollt und ungewollt. Doch damit drängt sich aus der Vergangenheit her die Frage auf:

Gibt es eine »wissenschaftliche Ideologie« der Linken?

Tatsächlich freilich beanspruchen marxistisch geprägte linke ideologische Haltungen bisweilen eine mehr oder weniger exklusive Wissenschaftlichkeit. Zweifellos wurzelt dies in der Selbstbewertung der Schöpfer des »wissenschaftlichen Sozialismus«. Eine solche Anwartschaft ist daher an deren Begründungen bzw. ihnen nachfolgende Vulgarisierung gebunden: in erster Linie an die Geschichtstheorie (Anspruch auf Einblick in die Gesetzmäßigkeit der Geschichte auf dem Weg zum Sozialismus, historische Mission der Arbeiterklasse u. ä. m.). Von diesem Podest herab meinten vor allem manche Epigonen, Politik in dieser allen anderen überlegenen Gewißheit immerfort als Vollzug der Geschichte betreiben zu können. Daß die staatssozialistischen Politiker nicht permanent im Geiste der geraden Straße der Gesetzmäßigkeit voranmarschieren konnten, sondern eingestandenermaßen mit »überraschenden Wendungen« rechnen und zahllose politische Kompromisse, vom Dogma abweichend, eingehen mußten, störte weder sie noch manchen Philosophen. Jede politische Entscheidung konnte sich potentiell hinter dem Schleier der Heiligsprechung durch die Geschichte verbergen. Wenn wir es früher nicht schon gespürt haben, läßt es sich heute schwerlich widerlegen: Eine solche Annahme für Theorie, Ideologie und Politik ließ sich dauerhaft nicht um-

DDR-Nostalgie. Kraftquell oder Hemmschuh der Linken. In: Sozialismus. Hamburg (1994) 168. S. 39–41.

²⁸ Siehe Terry Eagleton: *Ideologie. Eine Einführung. Stuttgart, Weimar 1993. S. 253.*

setzen.²⁹ Auf die Annahmen der marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie kann der Anspruch, der sich marxistisch verstehende Sozialismus sei eine wissenschaftliche Ideologie, jedenfalls nicht mehr bauen. Daher berufen sich Vertreter dieser Richtung heute darauf nicht mehr, sondern tragen andere Argumente für das Attribut »wissenschaftlich« vor.³⁰

Zum einen heißt es, diene eine solche Aussage dem Zwecke, daß der »zuverlässige, auf Tatsachen begründete«, »der Beschaffenheit der objektiven Realität adäquate Charakter« dieser (als marxistisch angesehenen) Ideologie bzw. Politik »behauptet« und damit vom »unwissenschaftlichen« der bürgerlichen abgehoben werde. Abgesehen von der Problematik des Begriffes »objektive Realität« – eine Behauptung ist bis zum Beweis ein Glaubenssatz. Wie soll der die Wissenschaftlichkeit bestätigen? Zum anderen heißt es: »Normative« Funktionen des Wortes »wissenschaftlich«, also gesetzte Werte, über die man wissenschaftlich gleichfalls nicht streiten kann, berechtigten dazu: »Überzeugung«, »Erfahrung«, die Vermittlung »von Vertrauen und Sicherheit auch dann, wenn die [...] empirische Überprüfung des Wahrheitsgehaltes einer gegebenen Behauptung oder Theorie nicht vorlag oder nicht vorliegen konnte.« Mit Wissenschaft hat dies nichts gemein, denn hier wird ein normales Element des wissenschaftlichen Prozesses wie etwa die Hypothese verabsolutiert; es wird Gläubigkeit in Ungewißheit erwartet. Das nächste Argument steigert die Erwartungsforderung: Das geistige System bediene sich mit seinen Regeln und Begriffen wissenschaftlicher Methoden. »Im ersten Sinne unwissenschaftliche Ideologien können im weiten Sinne durchaus als wissenschaftliche Systeme auftreten.« Wie soll der Auftritt als Wissenschaft etwas zur Wissenschaft modeln, wenn es diese nicht ist? Zudem sind Regeln und Methoden zwar wichtige Merkmale von Wissenschaft, soweit sie dem Anspruch der Theorie genügen können, bestimmend ist jedoch die qualitative Stufe des mit ihnen betriebenen Erkenntnisprozesses. Und letztlich: Will man allen Ernstes behaupten, »nichtmarxistische« Ideologien verzichteten prinzipiell auf wissenschaftliche Verfahren und fachliche Nor-

29 Schon Lenin wurde ein halbes Jahr nach der Oktoberrevolution bewußt, daß mit weltgeschichtlicher Gewißheit die sofortige Realisation großer Ideen unerreichbar ist.

30 Zum folgenden siehe Erich Hahn: *Marxismus – Wissenschaft – Politik*. In: *Marxistische Blätter*. Essen (1996)3. S. 76–80.

mative? Nimmt man Parteiprogramme welcher Partei auch immer, die häufig Konzentrate der jeweiligen Ideologie darstellen, so fließen in sie, von extremen Ausnahmen abgesehen, oft genug regelgerecht gewonnene wissenschaftliche Erkenntnisse ein; der Anteil wissenschaftlicher Experten an der Vorbereitung und Propagierung der Politik nichtmarxistischer Parteien ist wahrlich nicht gering.³¹ Daher berechtigt das dritte Argument schwerlich zu einer Einzigartigkeit der marxistisch stimulierten Ideologie.

Kurzum: Uns begegnen Begründungen auf purem Glaubensniveau, und das ist gemeinhin ein Merkmal von Ideologie – als Beweis für die Wissenschaftlichkeit sozialistischer Ideologie! Mir scheint es angesichts der Fragilität solcherlei Argumente ratsam, auf die Formel »wissenschaftlicher Sozialismus« als *Ideologie* zu verzichten, nicht länger die Geister der Vergangenheit zu beschwören und gläserne Basteien aufzurichten. (Etwas anderes wäre »Wissenschaftlicher Sozialismus« als *Theorie*!)

Ideologische Praxis in der Hülle von Wissenschaft?

Dennoch ist unzweifelhaft, daß wissenschaftliches Denken marxistisch geprägte Ideologie im Zeichen der »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« spürbar beeinflusst hat. Wer sich als Marxist begreift, steht in der Tradition praktisch bemühter Wissenschaftlichkeit. Das erzeugt allerdings ebenso die häufige theoretische Ummäntelung mancher Debatten über grundsätzliche strategische politische Entscheidungen in ideologisierender Weise, indem mit der Theorie nach den Gepflogenheiten ideologischer Etikette umgegangen wird.

Nicht selten erlebt man neben einem pauschalen Gerassel, als ob alle Welt gegen die Verbindung von Theorie und politischer Strategie wäre, daß wissenschaftliche Kategorien oder Problemstellungen als Arsenal, »Pappkameraden« oder Aushängeschild für Diskurse dienen, die ihrer Natur nach ideologisch sind: nämlich dann, wenn sie sich in erster Linie in der Aussage und ihren Verfahren nicht am Gewinn von gesicherten Erkenntnissen, an-

³¹ Ich erinnere an die Übernahme politischer Ämter durch Wissenschaftler und die Institution der »Denkfabriken« in den USA, die jahrzehntelang kein ernsthaftes Pendant in den sozialistischen Staaten hatten. – Siehe dazu neuerdings Wolfgang H. Reinicke: *Lotsendienste für die Politik. Think Tanks – amerikanische Erfahrungen und Perspektiven für Deutschland*. Gütersloh 1996.

gestrebter intersubjektiver Überprüfbarkeit und anderen Regeln des wissenschaftlichen Diskurses oder an theoretisch begründeten Problemsichten ausrichten. Die eigenen politisch-sozialen Leitbilder, perspektivische Gesellschaftsvorstellungen, Werte, praktische Erfahrungen, die Beurteilung der Kräftekonstellationen, Abschätzung des Handlungs- und Realisierungsspielraumes dieser oder jener Aussagenvariante u.ä.m. drängen sich in den Vordergrund. Oft genug sind daran interne persönliche Positionskämpfe gebunden, und diesen drückt nicht zuletzt die Persönlichkeit der Akteure ihren Stempel auf.

Solche Faktoren treten in streng wissenschaftlichen Diskussionen gewiß ebenfalls auf, doch sind diese dann »wissenschaftlich« eben nur so lange zu nennen, wie in ihnen das Ringen um Erkenntnis gemäß konvenierten Regeln vorherrscht. In einer Debatte über politische Lösungen sind die kritisch angemerkten Züge durchaus nicht moralisierend zu verwerfen, denn sie resultieren aus der Natur der Politik und stellen die ideologische Form dar, in der ein politischer Klärungsprozeß abläuft. Verübeln kann man Politikern auch nicht, daß sie sich des ach so respektablen Gewandes der Wissenschaft bedienen wollen. Nur: Sie sollten wissen, daß sie es umgefärbt haben und sich damit selbst ins Zwielflicht setzen.

Dies ergibt sich, wie angedeutet, vor allem daraus, daß Ideologie zur Wissenschaft konträr schon durch eigene Regeln und Verfahren steht, sich abhebend durch Strategien des Umgangs mit dem diffusen Konglomerat ihrer Materie, die überwiegend den Gegenstand verzerren: Übertreibung, Vereinfachung, Polarisierung, Schwarzweißmalerei; doch auch täuschende Aktionen wie Verdrehungen von Tatbeständen oder Mißbrauch von Begriffen, logisch oder sachlich falsche Gleichsetzungen und Vereinheitlichungen u.ä.m. Durchaus nicht immer und überall finden sich dergleichen Symptome und in solcher Kraßheit, doch ihre Spuren hinterlassen sie mutatis mutandis immer.

Wer eine Reihe parteiinterner Diskussionen in der PDS, in denen Aussagen historisch oder politikwissenschaftlich ausgeschrieben wurden, kritisch prüft, wird unschwer in ihnen funktionale ideologische Argumentationsmuster in all ihrer Fragwürdigkeit entdecken. Ich will exemplarisch einige solcher oft genug – also nicht immer – auftretenden Züge dingfest machen.

Erstens: Die Akzentuierung von Aussagen nach dem, was »man betonen sollte«, wie eine Diskussion »in die richtige Richtung« zu laufen habe, steht im Vordergrund, nicht die Frage nach

Wahrheit oder Unwahrheit, nach der Proportionalität von Realität und eigenem Wunschbild oder der Blick auf den Stand der Forschung. Soll man zum Beispiel Fehler und Irrungen oder Leistungen in der Geschichte der DDR hervorheben – oder die Kritik an ihrem System? Wäre die Geschichte der UdSSR und der KPdSU nicht eher unter dem Blickwinkel einer »welthistorischen Emanzipationsleistung« zu verbreiten, als die Verbrechen des Stalinismus immer wieder »aufzuwärmen«? Sollte jemand zur Kritik am Sozialismusversuch nicht erst dann berechtigt sein, wenn er zugleich grundsätzliche Kritik am Kapitalismus, nicht nur in der Bundesrepublik, übt – oder wäre die Kritik an der DDR und am Sozialismusversuch Bedingung für die Kritik an der Bundesrepublik?³²

Zweitens werden wissenschaftliche Kategorien politisiert, d. h. aus ihrem erkenntnistheoretischen Kontext herausgelöst und erstrangig von ihrer Rolle in der ideologischen Auseinandersetzung her bewertet und demgemäß akzeptiert oder verworfen. Der Stand der internationalen Forschung wird ignoriert, nicht einmal solide und niveauvolle Publikationen aus den Reihen politisch nahestehender Wissenschaftler erwecken die Aufmerksamkeit (bezeichnend dafür ist die Gleichgültigkeit gegenüber Veröffentlichungen wie denen Theodor Bergmanns, Horst Helas' und Wladislaw Hedelers zum Stalinismus, dem Vortrag Michael Nelkens auf der Geschichtskonferenz der PDS im Oktober 1995 oder den Veröffentlichungen Stefan Bollingers zur Revolution in der DDR).

Drittens grassiert eine Beliebigkeit des Umgangs mit wissenschaftlichen und/oder politischen Kategorien. Einigen wird – ob zu Recht oder nicht – ihre Herkunft aus politischen Prozessen oder Konflikten vorgeworfen, sie sollen deshalb weder in der politischen Auseinandersetzung noch in der Wissenschaft verwendet werden! Für andere soll dies wiederum nicht gelten, ohne daß allerdings ihre wissenschaftliche Ausarbeitung hinreichend beachtet wird. (Beispiel: Demokratie – Demokratietheorie; Totalitarismus – Totalitarismustheorien; Stalinismus – Stalinismustheorie.) Von daher wird in wissenschaftliche Diskussionen eingegriffen, werden sie zu politischen deklariert, wird im tradierten Jargon klassifiziert und persönliche Integrität angezweifelt. Nebenher bemerkt: In der Geschichte politiknaher

³² *Letzteres in der Erklärung von Vertretern der Kommunistischen Plattform »Zur Debatte in der PDS« vom 11. September 1996 (S. 1).*

Wissenschaften bzw. des politischen Umgangs mit Kategorien ist dies natürlich überhaupt nicht originell – wer würde heute noch auf die Idee kommen, der Politikwissenschaft die Verwendung der Kategorie »Demokratie«, deren Wurzeln in der antiken Philosophie zu finden sind, als politischen »Kampfbegriff« zu untersagen, obschon sie doch dereinst in eine solche Rolle geraten war? Daß sie sich behauptete und in welchem Lichte ihre verflochtenen Widersacher längst stehen, sollte denen zu denken geben, die ein ähnliches Spiel mit anderen treiben.

Viertens wird oft verschwiegen, welche Funktion solche wie die genannten Akzentuierungen für die Ausbildung einer sozialistischen Gesellschaftsalternative in der PDS haben sollen, d. h. ihr Hintergrund, ihr bei Lichte besehen politischer Grundzug, wird verdunkelt. Vorgeblich geht es allein um die Verteidigung der Geschichte und die Bewahrung der eigenen Biographien in Würde, gegen Verleumdungen der »sozialistischen« DDR-Vergangenheit, um die »historische Legitimität« des Sozialismusversuchs u.ä.m. – alles funktionelle Elemente ideologischer Qualität, denen für sich genommen die Rechtmäßigkeit nicht abgesprochen werden soll.³³ Die viel pikantere Frage, ob beispielsweise aus der historischen Relativierung des Stalinismus, der Favorisierung seiner »weltgeschichtlichen Leistung«, oder aus der Huldigung der DDR in der Form, sie beweise, daß Sozialismus möglich sei, Schlüsse auf eigene theoretische oder programmatische Konzepte einer künftigen alternativen Gesellschaft, das Parteimodell o. ä. gezogen werden sollten – das indes unterbleibt. Ein Hauch von Unausgesprochenem liegt dergestalt über solchen Thesen, wie künstlich erzeugter, besonders dichter Nebel, der klare Sicht verhüllt.

Fünftens verbindet sich seltsamerweise teils miteinander die Behauptung, daß allein die mögliche politische Konsequenz einer Aussage für die gegnerische Propaganda darüber entscheide, ob sie wissenschaftlich eine Rolle spielen dürfe, damit, daß die unabdingbare Frage nach den *hilfreichen* Konsequenzen kritischer Aussagen zur Geschichte usw. für die politische Positionierung der Partei unterbleibt. Wissenschaftliche Aussagen werden

33 *Ich halte einen solchen Begriff allerdings für fragwürdig, denn eine Legitimation durch die Geschichte dürfte man nur ausrufen, wenn man weiß, wohin diese geht; dies allerdings kann wohl nur deklariert, aber nicht bewiesen werden. Deshalb scheint mir eher angebracht, von politischer oder moralischer Legitimität zu sprechen.*

dann eher am potentiellen Urteil des politischen Gegners ausgerichtet, der indirekt also darüber entscheiden würde, welcher Grad der wissenschaftlichen Zuverlässigkeit angestrebt wird, in welchem Maße eigene ideologische Setzungen wissenschaftliche Qualität aufweisen sollen und was politisch mit wissenschaftlichen Ergebnissen bezweckt werden kann.

Sechstens schließlich werden in der Folgerichtigkeit solchen Denkens Fiktionen attackiert, um eigene ideologische Aktionen zu begründen. Man greift Aussagen an, deren Autoren nicht nachgewiesen werden oder die niemand getroffen hat, reißt Sätze aus ihrem gedanklichen Zusammenhang oder interpretiert sie völlig verquält um, ohne Rücksicht auf die Intention des Autors, und verknüpft dies dann mit Begriffen, die als negativ besetzt erwartet werden und der eigenen politischen Positionierung gelten. Dieserart tauchen dann beispielsweise inquisitorische Fragen auf wie die, ob »demokratische Sozialisten« nicht eher einen »demokratischen Kapitalismus« wollen.³⁴

Wissenschaft, politische Ideologie und Politik

In dem Moment, wo Resultate der Wissenschaft in den politischen Prozeß praktisch eingeführt werden, unterliegen sie den Regeln der Politik und können die eigenen nur noch sekundär und leise geltend machen. Aber beide Bereiche unterscheiden sich in ihrer spezifischen Funktion grundlegend. Im ersten Fall geht es um Erkenntnis, im zweiten um realitätsbeeinflussendes praktisches Handeln mit ideologischer Begründung und Bemäntelung. Hannah Arendt brachte das in einem Essay auf die Formel vom ewigen *Konflikt zwischen Wahrheit und Politik*: »nicht Wahrheit, wohl aber Meinung [gehört] zu den unerläßlichen Voraussetzungen aller politischen Macht«, und der Anspruch auf »Wahrheit, die von den Meinungen der Menschen unabhängig zu sein vorgibt, [legt] die Axt an die Wurzeln aller Politik«³⁵.

Selbstredend können Politik und Ideologie nicht auf »Wahrheiten« verzichten, wollen sie nicht ihre realitätsbeeinflussenden Potenzen schmälern. Jede Ideologie enthält mehr oder weniger

34 Uwe-Jens Heuer: *Der beiläufige Vorschlag aus Dresden*. In: »Neues Deutschland« vom 17./18. August 1996. S. 10.

35 Hannah Arendt: *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*. Hrsg. von Ursula Ludz. München, Zürich 1994. S. 333.

Wahrheit, »falsch« ist sie nur relativ; aber Wahrheit ist nicht ihr Geschäft. Diesen springenden Punkt des Verhältnisses unverblümt beim Namen zu nennen, das wolkige »ewige Spannungsverhältnis«³⁶ greifbar zu fassen, bestimmt unzweideutig Grenzen und Möglichkeiten in der Beziehung beider zueinander.³⁷

Die Beziehung zwischen Politik und Wissenschaft verlangt deshalb erkannte Distanz und kritischen Umgang miteinander, in dem die Autonomie jeder Seite akzeptiert ist. Der Wissenschaftler mag darauf dringen, daß Ergebnisse aus dem Forschungsstand in einer Partei beachtet werden, er kann jedoch nicht vorschreiben wollen, ob und wie sie politisch und ideologisch damit umgeht. Auf der anderen Seite wäre eine politische Partei schlecht beraten, die ideologische Verwendbarkeit zu einem Kriterium der Wissenschaft zu erheben und dieser ihre Urteile aufzuzwingen. Die Sache der Politik in zuweilen täglich wechselnden Konstellationen und Wendungen brächte jede Wissenschaft in Konflikt mit ihrem Anliegen, sich der Wahrheit in einem intersubjektiv überprüfbaren Erkenntnisprozeß zu nähern. Unzweideutig gesagt: Man wird sich daran gewöhnen müssen, daß die oberste Wahrheitsinstanz im intersubjektiven wissenschaftlichen Prozeß in diesem selbst liegt, nicht bei politischen Entscheidern und Wortführern.³⁸ Daher ist die politische Tageszeitung, in der dies heutzutage oft ausgetragen wird, ein ziemlich ungeeigneter Ort des wissenschaftlichen Diskurses.³⁹

36 So Kurt Pätzold: *Theorie und Politik – ein unaufhebbares Spannungsverhältnis*. In: *In großer Sorge. Was ist, was will das Marxistische Forum?* Hrsg. von Uwe-Jens Heuer [u. a.] Schkeuditz 1996. S. 256–259.

37 Siehe die Differenzierungen bei Uwe-Jens Heuer: *Wissenschaft, Politik und Moral gestern und heute. Überlegungen und Erfahrungen*. In: »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt...« Beiträge zu Werk und Wirken Walter Markovs. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Helmut Seidel. Leipzig 1995. S. 207–212.

38 Es ist bemerkenswert, daß dem früheren stellvertretenden Leiter der Abteilung Wissenschaften im ZK der SED, Gregor Schirmer, als er dies 1992 sinngemäß äußerte, öffentlich niemand widersprach – 1995 war dies für manche auf einmal zweifelhaft geworden. Siehe Gregor Schirmer: *Zum Verhältnis von Politik und Gesellschaftswissenschaften in der DDR*. In: Michael Brie/Erich Hahn/Reinhard Mocek/Gregor Schirmer: *Schiff ohne Kompaß? Marxistische Gesellschaftswissenschaften und sozialistische Politik*. Berlin o. J. [1993] S. 7.

39 So Reinhard Mocek: *Potentiale linken Denkens in Deutschland Ost. Thesen zur Annäherung an ein schwieriges Problem*. In: *Utopie kreativ*. Berlin (1996) 68. S. 14. – Dagegen direkt gerichtet die Forderung Harry Nicks, gerade Theoriediskussion und Laiendiskurs miteinander zu verbinden. Siehe Harry

In der Programmatik und für den Bundesvorstand der PDS ist unbestritten, daß die Partei kein »offizielles« Geschichtsbild besitzt.⁴⁰ Dennoch fallen im Parteiprogramm reihenweise Urteile über die Geschichte, die in den politischen Auseinandersetzungen als ideologische Waffen eingesetzt werden. Der »Kommentar« zum Parteiprogramm enthält, ausdrücklich als Diskussionsangebot, unter dem Blickwinkel von »Lehren« aus der Geschichte, die Diskussion politikwissenschaftlicher Kategorien einbegriffen, ganze Abschnitte, zu denen mancher Historiker und Politikwissenschaftler durchaus Einwände erheben würde.⁴¹ De facto wird eine *Geschichtspolitik* betrieben, wenn auch nicht durch bevormundenden Eingriff in die fachliche Geschichtsdiskussion selbst. Um den ideologischen Habitus einer Partei zu formen, ist dies gewiß eine Alltäglichkeit, doch wären immer noch die darin schlummernden Konflikte im Blick zu behalten.

Für den möglichen Zwiespalt nur ein beliebig ergänzbares Beispiel: André Bries Vortrag in Eisleben über die Vereinigung von KPD und SPD.⁴² André Brie versicherte, nicht »unter einem geschichtswissenschaftlichen Gesichtspunkt« zu sprechen; dann aber folgen unentwegt Urteile über den historischen Vorgang in der eigenen Sicht auf die Geschichte. Der Grund: André Brie will in der PDS »Lernprozesse beschleunigen« und ihre »Politikfähigkeit erhöhen«. Im Mantel der Geschichte wird also offenkundig ein politischer Zweck mit dem ideologischen Einsatz der Geschichtsbetrachtung verfolgt. Wissenschaftlich ist seine Meinung zum Thema, zu der er wie jeder das Recht hat, aufs erste

Nick: Angst vorm Volk? In: »Neues Deutschland« vom 29./30. Juni 1996. S. 10. Auf eine Begründung, die über wiederum zu begründende Argumente hinausgeht, darf man gespannt sein.

40 Siehe bereits Klaus Höpcke: Zur weiteren Entwicklung des Parteiprogramms, zur Vergangenheitsbewältigung und zu Fragen des Charakters der Partei; zur Bildungsarbeit. In: PDS – Auf dem Weg der Erneuerung. Klausurtagung des Parteivorstandes. Berlin, 12. und 13. Mai 1990. Berlin 1990. S. 59. – Ferner Gregor Gysi: [Referat.] In: PDS – Eine neue Partei? Erneuerungskonferenz der PDS. Berlin 8./9. September 1990. S. 21.

41 Siehe Zur Programmatik der Partei des demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Hrsg. von Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. Berlin 1997. S. 246–251.

42 Siehe Undemokratische Vereinigung ohne emanzipatorischen Charakter. Einführender Diskussionsbeitrag von André Brie auf einer Veranstaltung des Eislebener Theaters am 21. April 1996 zum 50. Jahrestag der Gründung der SED. In: Presse- und Informationsdienst der PDS vom 26. April 1996. S. 17–20.

sicherlich nicht relevant, aber aus dem Munde des Vorsitzenden der Grundsatzkommission von politischem Gewicht und für manchen *das* Urteil aus berufenem Munde. Keinem politischen Aktivisten kann das Recht bestritten werden, »Geschichtspolitik« zu betreiben, doch jederzeit ist er gut beraten, wenn er die Nebenwirkungen bedenkt.

Der Wissenschaftler als politischer Akteur

Wird der politisch engagierte Wissenschaftler zum Akteur auf diesem Felde, kann er sich unschwer selbst verführen lassen, Wissenschaft zu einem außerwissenschaftlichen Zweck zu instrumentalisieren. Da jeder Wissenschaftler soziale und politische Bindungen hat, nimmt er in der Gesellschaft einen Standort ein, der sich in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit niederschlägt. Seine politische Überzeugung wirkt ein auf Fragestellungen, Quellen- und Literatúrauswahl, sie kann den Blick trüben in der Analyse, Synthese und Wertung des Materials. Die Augen davor zu verschließen, wäre lebensfremd. An der Standortgebundenheit des Wissenschaftlers zweifelt die Fachwelt daher seit Max Weber keineswegs, eher geht der Streit um das Maß des eigenen Werturteils und der Moralisierung, allenfalls um die Pflicht des Wissenschaftlers, an der öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken.⁴³ In der politischen, moralischen usw. Bindung des Wissenschaftlers liegt gar nichts Verderbliches oder Anrüchiges, solange er sich des Unterschieds in seiner Rolle als Wissenschaftler oder als homo politicus bewußt ist, beides nicht vermischt und dem Regelwerk der Wissenschaftlergemeinde treu bleibt.⁴⁴

Die Divergenz zwischen wissenschaftlicher erkennender und analytischer Tätigkeit einerseits und politisch-ideologischem Engagement sahen Max und Engels im Unterschied zu vielen ihrer späteren Adepten sehr genau. Marx hat sich in diesem Geiste eindeutig geäußert: Wissenschaftliche Schlußfolgerungen in

43 Siehe z. B. Lutz-Georg Stavenhagen: *Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik*. In: *Expertenwissen und Politik*. Hrsg. von Reinhard Löw, Robert Spaemann und Peter Koslowski. Stuttgart 1990. S. 27 ff.

44 Siehe dazu Rudolf Wildenmann auf dem Kongreß der DVPW 1977: *Politische Wissenschaft und politische Praxis*. In: *Politikwissenschaft und politische Praxis*. Hrsg. von Udo Bernbach. Opladen 1978. S. 13–28 (PVS-Sonderheft 9/1978).

politischem Interesse zu verfälschen, nannte er eine »wissenschaftliche Gemeinheit«: »Einen Menschen [...], der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (wie irrtümlich sie immer sein mag), sondern von außen, ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkomodieren sucht, nenne ich »gemein.«⁴⁵ Engels bestätigte diese Haltung Marxens in einem Brief an Paul Lafargue, als dieser Marx zuschreiben wollte, er sei als Wissenschaftler einem »Ideal« gefolgt: »Wenn schon von einem Mann der Wissenschaft [...] die Rede ist, so darf man kein Ideal haben, man erarbeitet wissenschaftliche Ergebnisse, und wenn man darüber hinaus noch ein Mann der Partei ist, so kämpft man dafür, sie in die Praxis umzusetzen. Wenn man aber ein Ideal hat, kann man kein Mann der Wissenschaft sein, denn man hat eine vorgefaßte Meinung.«⁴⁶ 20 Jahre später äußerte sich nahezu wörtlich ebenso Max Weber – und war unter Marxisten–Leninisten zeitweise heftigen Anwürfen ausgesetzt,⁴⁷ obwohl er dem Wissenschaftler überhaupt nicht die *Pflicht* zum politischen Engagement absprach.⁴⁸

Spricht der Wissenschaftler politisch, ist er als Politiker zu nehmen, nicht mehr als Wissenschaftler. Präsentiert sich ein Wissenschaftler gar als Berufspolitiker und stellt andere Wissen-

45 Karl Marx: *Theorien über den Mehrwert*. In: MEW. Bd. 26.2. S. 113 und 112.

46 Friedrich Engels an Paul Lafargue, 11. August 1884. In: MEW. Bd. 36. S. 198. Es handelt sich um kritische Bemerkungen zu einer Rezension Lafargues.

47 Äußerst kraß beispielsweise Jürgen Kuczynski in einem Vortrag während seiner englischen Emigration 1944, den er unlängst erneut veröffentlichte: *Webers Wissenschaftsauffassung sei eine »verbrecherische Absurdität«* (Jürgen Kuczynski: *Letzte Gedanken? Zu Philosophie und Soziologie, Geschichtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, schöner Literatur und zum Problem der deutschen Intelligenz*. Köln 1995. S. 214). In den 70er Jahren hatte er sich in der Sache viel differenzierter, für mich weitgehend akzeptabel und unter den damaligen Bedingungen sogar mutig geäußert. (Siehe Jürgen Kuczynski: *Studien zur Wissenschaft von den Gesellschaftswissenschaften. Erinnerungen, Erfahrungen, Überlegungen*. Berlin 1972. S. 187f.)

48 Ihm lag in der Profession an möglichst objektiver Erkenntnis, frei von außerwissenschaftlichen Diktaten – was dem Rezipienten letztlich ebenfalls zugute kommt. – Siehe die umfassende jüngste Darstellung bei Andrea Germer: *Wissenschaft und Leben. Max Webers Antwort auf eine Frage Friedrich Nietzsches*. Göttingen 1994. – Von Max Weber siehe vor allem *Wissenschaft als Beruf*. 1917/1919. *Politik als Beruf*. 1919. Tübingen 1994 (Max-Weber-Gesamtausgabe. Bd. I/17); *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Hrsg. von Johannes Winkelmann. 7. Aufl. Tübingen 1988. Darin insbesondere zu *Problemen des Werturteils und der Wertfreiheit* S. 146–214 und 489–540.

schaftler vor ideologische Entscheidungen, muß er sich gefallen lassen, daß sie seine Aussagen als außerwissenschaftlich bewerten und wissenschaftlich exkommunizieren, es sei denn, sie wollen ein Kolloquium oder eine andere Art wissenschaftlicher Veranstaltung in eine Konferenz über ideologische Fragen umwandeln. (Natürlich können ideologische Aspekte als Problemangeregungen eingebracht werden.)

Vertiefende theoretische Arbeit im Dienste einer Partei, wie vom Marxistischen Forum proklamiert, bleibt von diesen Einwänden unangetastet, solange ihre Resultate weder von politischen Zielsetzungen und ideologischen Positionen vorherbestimmt und zurechtgebogen werden, noch jemand den Anspruch erhebt, die Parteiführung habe sich danach zu richten. »[D]er Professor sollte nicht den Anspruch erheben, als Professor den Marschallstab des Staatsmannes [...] im Tornister zu tragen«, schrieb Max Weber.⁴⁹ Auch die m. E. kluge Erwägung Jürgen Habermas' dazu wäre im Blick zu behalten: Die Theorie könne sich selbst und die Aufklärungsarbeit legitimieren bzw. korrigieren, schrieb er, »aber keineswegs a fortiori die riskanten Entscheidungen strategischen Handelns unter konkreten Umständen legitimieren. Entscheidungen für den politischen Kampf können nicht vorweg theoretisch gerechtfertigt und dann organisatorisch durchgesetzt werden. Einzig mögliche Rechtfertigung auf dieser Ebene ist der in praktischen Diskursen zu erzielende Konsensus unter den Beteiligten, die im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen und in Kenntnis der Umstände, der prognostizierbaren Folgen und Nebenfolgen nur selber wissen können, welche Risiken sie mit welchen Erwartungen eingehen wollen. [...] Keine Theorie und keine Aufklärung entlastet uns von den Risiken der Parteinahme und ihrer nicht intendierten Folgen.«⁵⁰ Sätze fürs politische Stammbuch!

Eine politische Entscheidung kann nicht aus einer Theorie unmittelbar abgeleitet werden, deren Platz liegt in der Regel weit im Vorfeld politischer Entschlüsse – ihre direkte Ableitung aus einer Totalisierung der »Wissenschaftlichkeit« würde Politik überdies überflüssig machen, weil Wissenschaft deren Aufgabe dann miterfüllte.⁵¹ Ideologie ihrerseits in den Rang von Wissen-

49 Siehe ebenda. S. 493 (Hervorhebung von Weber).

50 Jürgen Habermas: *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien.* Frankfurt am Main 1976. S. 38f. und 41.

51 Siehe Hermann Krings: *Theorie und Entscheidung. Über theoretisches*

schaft zu erheben, überfordert sie, wie aus ihrer Struktur und Funktionalität hervorgeht, weist ihr eine unpassende Rolle zu und beschwört in der Konsequenz die oben benannte Gefahr einer geschlossenen »wissenschaftlich begründeten« Vision herauf, die ihrer unvermittelten Realisierung harret. So unabdingbar alle Versuche sind, aus Analysen des modernen Kapitalismus (und dem Fehlschlag des Staatssozialismus) Folgerungen für neuartige – oder wenigstens den gegenwärtigen Bedingungen erfolgsmögliche, angepaßte – politische Strategien abzuleiten, erweckt doch Besorgnis über die Weiterungen, wenn man sich nicht der wissenschaftlichen Vorläufigkeit, des Primats der *Praktikabilität unter den gegebenen Bedingungen* und der Gefahr unentwegter ideologischen Dogmatisierung bewußt ist.

Dies zusammengenommen: Unterwirft Politik auf dem Umwege über Ideologie die Wissenschaft ihren Regeln, wird am Ende alles verdorben: Wissenschaft verliert sich selbst, Ideologie degeneriert zu einer wertlosen klapprigen, weil praxisfernen Megäre, die Politik büßt Realitätssinn, Kreativität und zu guter Letzt rationale Handlungsfähigkeit ein.

Ideologien bedrohen die Wissenschaft, weil sie Wissen besetzen, sich gefügig machen und nach ihren Intentionen modeln wollen – siehe den Drang nach Vereinheitlichung. Sie können jedoch auch anregen. Ideologisch animierte Fragestellungen aus der politischen Praxis heraus mögen produktive Anstöße setzen: zur Erschließung vernachlässigten Materials führen und neue Gesichtspunkte hervortreten lassen. Insofern wirkt Ideologie über die politische Einstellung des Wissenschaftlers auch positiv in den Modus des Erkenntnisprozesses hinein. Gegen Verzerrungen wirkt nur die genannte Rollenbewußtheit.

Man sieht: An den Ideologien führt wegen ihrer beständigen Macht kein Weg vorbei. Uns wäre daher schon viel geholfen, fänden wir einen überlegten und systematischen Umgang mit ihnen; er wäre methodisch außerordentlich dadurch abgesichert, gelänge es, den Begriff von seiner Wolkigkeit zu befreien, ihn präzisierend zu verengen und so differenzierter anzuwenden. Doch das Phänomen selbst wird solchen Wunsch vermutlich vereiteln.

Wissen, praktisches Wissen, politisches Wissen. In: Expertenwissen und Politik. Hrsg. von Reinhard Löw, Robert Spaemann und Peter Koslowski. Stuttgart 1990. S. 4ff.

Zusammenfassung und Ausblick

Ein »Ende« der Ideologien kann man zwar behaupten, aber niemand braucht es zu »befürchten«, ebenso wenig einen »Abschied« von ihnen. Denn Ideologien entspringen spontan aus der Gesellschaft, ihren Existenzbedingungen und ihrem Leben. Sie bilden ein Konglomerat weitgespannten Erkenntnisstandes von phantastischen, unreifen bis zu wissenschaftlichen Erkenntnissen, das formuliert, bearbeitet und organisatorisch gebündelt werden kann, um es den Interessen spezifischer sozialer und politischer Gruppen dienstbar zu machen, insbesondere für die Politik. Sie können »erfunden« und konstruiert werden. Doch einmal durch menschliches Hinzutun in Formen und Regeln gegossen, können subjektive Absichten sie zwar verändern, aber ihre Entwicklung unterliegt ebenso inneren Prozessen wie dem Einfluß der äußeren Bedingungen; ihre Wirkungen können bis ins letzte nicht sicher abgeschätzt werden.

Je näher politische Ideologien den realen sozialen und politischen Konflikten gesellschaftlicher Gruppen stehen, desto effizienter sind sie. Voraussetzung ist, daß sie offen bleiben und ihre interne Dynamik sichern. Ohne eine Vielfalt des Denkens auf der Basis gemeinsamer Elementarüberzeugungen und ohne Verzicht auf den Versuch, ideologische Strömungen in Parteien und Organisationen über das unverzichtbare Minimum an Grundwerten und einen politisch effizienten Konsens hinaus zu vereinheitlichen, ist dies nicht möglich. Die eine und einzige Ideologie mit Disziplinierungsmacht, die Maximalisierung des Konsenses, kann aus dem Selbstverständnis demokratischen linken Denkens heraus nicht erstrebenswert sein. Denn sie neigt tendenziell zu Orthodoxie, Dogmatismus und Erstarrung, zur Dominierung der Politik, indem sie diese ebenso wie das wissenschaftliche, künstlerische und jedes andere Denken ihren Glaubenssätzen unterwerfen will und dadurch in der Handlungsfähigkeit vereinseitigt. Theoretische Modelle einer dem Kapitalismus folgenden alternativen Gesellschaft sind unvermeidbar ideologischer Natur: Sie gehen von der perspektivisch gerichteten Steuerbarkeit des Geschichtsprozesses nach dem eigenen Wertestatus aus, setzen Maßstäbe des politischen Agierens und können eine sterile Homogenität politischen Denkens erzwingen. Die Vision der »einen Ideologie der Linken« verheißt wegen ihrer schmalen ideellen Basis und ihrer politischen Inter-

pretationsbreite eine Schimäre zu sein und/oder den Glaubensstreit zu fördern.

Ein nützlicher Umgang mit Ideologie verlangt, daß sie als Instrument in der Politik verstanden wird und ihr Zugriff auf Theorie und Wissenschaft die Eigenständigkeit letzterer respektiert. Die Meinung des Politikers über Probleme der Geschichte, politikwissenschaftliche Theorien u.ä.m. ist ideologisch auf Gewinn für die Politik orientiert, nicht auf einen Beitrag zur Wahrheitsfindung im Geiste wissenschaftlicher Erkenntnis. Ideologie kann der Wissenschaft – wie diese ihr – behilflich sein, hat aber permanent den Hang, sie an ihren speziellen und vorwiegend unmittelbar für nützlich gehaltenen Wertsetzungen auszurichten. Sie beraubt sich einer wichtigen Stütze bei der Vorbereitung programmatischer und strategischer Entschlüsse, wenn sie ihr den Rahmen des gewünschten Ergebnisses vorgibt. In einer modernen, d.h. den Bedingungen des eigenen Wirkens sich bewußten und einer Avantgarde-Organisation entsagenden linken Partei ist ein Spektrum ideologischer Strömungen natürlich und eine Triebkraft ihres Reifens. Ideologische Konflikte in ihr nehmen immer dann an Breite und Schärfe zu, wenn strategische Entscheidungen über Ziel und Richtungen ihrer Politik für den nächsten Zeitabschnitt anstehen oder gar eine innere Orientierungskrise ausgebrochen ist. Solange der gemeinsame ideologische Fundus des Parteiprogramms nicht aufgegeben wird, verlangen ideologische Konflikte ideologische Lösungen, nicht administrative und erst recht nicht »wissenschaftliche«.

Alles in allem: Ideologien können Leben zerstören lassen und Humanität in Bahnen lenken. Sie sind zu mächtig, als daß man leichtfertig an ihnen basteln oder mit ihnen umgehen könnte. Nur über den Kampf, der aus den wirklichen Nöten der Bürger entspringt, im Ansatz an friedliche politische Mittel gebunden, sind linksorientierte Ideologien schließlich in konstruktive Bahnen lenkbar und aus dem Klammergriff der gesellschaftsbeherrschenden geistigen Fesseln zu befreien. Von daher halte ich die letzten Sätze Terry Eagletons für nachdenkenswert: »Wenn sich Menschen, die in bescheidenen lokalen Formen politischen Widerstandes organisiert sind, sich durch die Eigendynamik dieser Konflikte direkt mit der Macht des Staates konfrontiert sehen, dann kann es geschehen, daß sich ihr politisches Bewußtsein definitiv und irreversibel verändert. Wenn eine Ideologietheorie

überhaupt einen Wert hat, dann den, die Prozesse zu erhellen, die eine solche Befreiung von tödlichen Überzeugungen praktisch herbeiführen können.«⁵²

DIETMAR KELLER

*EIN BLICK ZURÜCK IM ZORN.
ZUM UMGANG MIT DER
GESCHICHTE DER DDR**

Mein Blick zurück ist mehrfach gebrochen. Ich blicke zurück im Zorn, wenn ich an das Scheitern des Sozialismusversuchs in unserem Land denke; wenn ich auf meine eigenen Dummheiten und Fehler schaue, wenn ich mich an mein Versagen als Bürger der DDR und als Mitglied der SED erinnere. Ich blicke zurück im Zorn, wenn ich an die Treuhand und den Umgang mit DDR-Gesellschaft und Biographien ihrer Bürgerinnen und Bürger nach der »Wende« denke. Ich blicke auch zurück im Zorn, wenn ich an die Dummheiten nach der Wende in den eigenen Reihen denke. Ich blicke aber ohne Zorn zurück, wenn ich mich meiner Leipziger und Berliner Zeit besinne, wo ich manches initiierte und begleiten konnte, was heute noch von Bestand ist. Ich blicke ohne Zorn zurück, wenn ich an die Arbeit der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, wenn ich an die errungenen Rechte und Freiheiten, an völlig neue Chancen eines wirklich linken Denkens und Handelns denke.

Mein Blick zurück im Zorn oder ohne Zorn wird aber auch beeinflusst durch das Alltägliche, vielleicht manchmal sogar überlagert. Ist unsere kleine tagtägliche deutsche Welt gegenwärtig nicht manchmal ein Irrenhaus? Ich verzichte auf Namen wie Schönbohm, Gauweiler, Landowski, Juhnke, Kanther u. a. m. und den Umgang mit ihnen in den Medien und in der Öffentlichkeit. Ich will meine Überlegung an nur zwei Beispielen versuchen zu verdeutlichen.

⁵² Terry Eagleton: *Ideologie. Eine Einführung.* Stuttgart, Weimar 1993. S. 256.

* Vortrag anlässlich der Verleihung des wissenschaftlichen Förderpreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. am 8. März 1997.

Ein erstes: 4,7 Millionen Arbeitslose, der Höchststand in der Geschichte der deutschen Bundesrepublik und der höchste Stand der Arbeitslosigkeit seit 1933 – und nicht unbeträchtliche Teile der deutschen Wählerschaft bangen und zittern darum, daß der dafür zuständige Arbeits- und Sozialminister sein Amt verliert. Die Emnid-Umfrage vom 17. Februar dieses Jahres belegt, daß Blüm gleichauf mit Johannes Rau, Gerhard Schröder und Kurt Biedenkopf an der Spitze der Beliebtheitsskala deutscher Politiker steht. In der deutschen Geschichte war es schon einmal so, daß an den feudalen Fürstenhöfen, und leider nicht nur dort, die Hofnarren hoch gehandelt wurden.

Ein zweiter Gedanke: Bundeskanzler Helmut Kohl spricht seit anderthalb Jahren von der Halbierung der Arbeitslosigkeit. Jeder weiß, daß dies ebenso eine Fiktion wie eine Lüge ist; denn der Bundesregierung geht es in ihren konkreten Entscheidungen keineswegs um die Durchsetzung eines Rechts auf Arbeit. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gerät für sie zur rhetorischen Floskel, mit der sie nur die Umverteilung von unten nach oben kaschiert. Ihr Ziel, die Unternehmen zu stärken und deren Gewinne zu vermehren, hat sie beispielgebend verkauft. Arbeitslosigkeit wurde instrumentalisiert und zum Abbau sozialer und tariflicher Regelungen benutzt. Mittlerweile suchen die Nettogewinne weltweit lukrative Anlagemöglichkeiten, vor allem am Spieltisch des Casinokapitalismus. Und als Folge dieses Gewinnzaubers schrumpft die Binnenwirtschaft.

Arbeitslosigkeit kennt eben nicht nur Verlierer. Es gibt auch Gewinner. Wie recht hatte Karl Marx: Arbeitslosigkeit ist ein Instrument der Disziplinierung geworden. Die Verlierer aber werden nicht nur diszipliniert, sie sind schon wieder sehr diszipliniert im Land der schweigenden Leute und der tumb-lauten Medien.

Vielleicht stimmt es wirklich, daß der Sozialismus eine Jahrhundert Schlacht verloren hat. Zu recht. Heute wird aber immer deutlicher: Der Kapitalismus scheint wohl nicht der Sieger zu sein – er ist als Verlierer nur übriggeblieben. Ernesto Cardinal hat vor zwei Jahren bei seiner letzten Predigt im Französischen Dom zu Berlin die hoffnungsvollen, ja fast prophetischen Worte formuliert: »Der Sozialismus, der scheiterte, war [...] nicht die authentische Verwirklichung des Sozialismus. Der Kapitalismus, der scheiterte, war dagegen der authentische Kapitalismus. Der Sozialismus scheiterte, weil er nicht verwirklicht wurde. Der Kapitalismus scheiterte, weil er verwirklicht wurde«¹.

Reformatorisches Denken heißt heute: Wir brauchen eine neue Bürgerbewegung, eine neue außerparlamentarische Opposition, eine neue lebendige, kritische Öffentlichkeit. Deshalb ist die Erfurter Erklärung Sauerstoff für viele Bürgerinnen und Bürger, die unter politischer und sozialer Atemnot leiden, und daher werden andererseits sie und ihre Unterzeichner bekämpft und diskriminiert. Das Bekenntnis zu dieser Erklärung im Umfeld der PDS und in ihr selbst schließt aber auch das vorurteilsfreie und uneingeschränkte Bekenntnis zur Erfurter Forderung an die PDS ein, ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären.

Ja, ich blicke schon zurück im Zorn, daß diese Forderung neunzig Monate oder zweitausendsiebenhundert Tage nach der »Wende« uns, der PDS gegenüber, *berechtigt* im Raume steht. Unseren Maßstab dafür setzen nicht die Professoren der Adenauer-Stiftung und der Enquete-Kommission, nicht die Veröffentlichungen der Professoren Manfred Wilke, Patrick Moreau oder Peter Maser. Unsere Maßstäbe sind diejenigen, die wir uns einmal selbst gestellt haben: am unerbittlichsten, am konsequentesten die Aufarbeitung unserer eigenen Geschichte vorzunehmen. »Heute geht es [...] radikaler denn je zuvor um Bewältigung und Aufarbeitung von Geschichte«, schrieb der von uns allen hochverehrte Manfred Kossok in seiner letzten wissenschaftlichen Publikation. »Billiger als bis an die Wurzeln reichend, ist die Auf- und Abrechnung mit der Vergangenheit nicht zu haben [...] die Geschichte als Müllkippe [...], als Magd einer opportunistisch verstandenen öffentlichen Meinung? Die dogmatisierte marxistische Geschichtswissenschaft hat [...] ein eigenes Kapitel dazu geschrieben [...] Ein Stück aus dem Drama vom Elend der Intelligenz«.²

Die Frage muß erlaubt sein: Ist das von Manfred Kossok beschriebene Drama schon abgeschlossen, oder werden nicht immer noch oder schon wieder neue Kapitel dazu geschrieben? Ich weiß natürlich um die vielen Komplikationen im Umgang mit der Geschichte, insbesondere wenn man auf Seiten der Verlierer steht. Ende Januar 1997 gab es in der Bundesrepublik immerhin

1 Ernesto Cardenal: *Der Vatikan ging mit der CIA ins Bett*. In: »Neues Deutschland« vom 18./19. September 1993. S. 10.

2 Manfred Kossok: *Im Gehäuse der selbstverschuldeten Unmündigkeit*. In: *Ansichten zur Geschichte der DDR*. Bd. 1. Hrsg. von Dietmar Keller, Hans Modrow und Herbert Wolf. Bonn, Berlin 1993. S. 10f.

60 000 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Bürger der DDR, 850 Anklagen sind bereits verhandelt und 400 Verurteilungen ausgesprochen worden. Die Schwierigkeiten vieler Bürgerinnen und Bürger im Lande macht eine Befragung des Leipziger Instituts für Marktforschung von Ende Januar 1997 deutlich. Die Antworten auf die Frage, wie man mit der DDR-Vergangenheit umgehen sollte, sind anscheinend eindeutig und doch diffus. 71 Prozent der Befragten äußerten: Wer zu DDR-Zeiten Menschen aus politischen Gründen verfolgte, dürfe nicht straffrei ausgehen. 62 Prozent der Befragten meinten, Strafprozesse gegen SED- und Stasi-Spitzenfunktionäre seien dringend notwendig. Zur gleichen Zeit forderten aber 76 Prozent der Befragten, wir müßten stärker nach vorn blicken und uns nicht mehr so viel mit der Vergangenheit beschäftigen. Und 64 Prozent der Befragten meinten: DDR-Vergangenheit könne man nicht mit Strafprozessen aufarbeiten.

Wie damit umgehen? Wenn schon der Begriff Unrechtsstaat benutzt und auch mißbraucht wird, dann sage ich unter Anwendung dieses Begriffes: Die DDR war soviel Unrechtsstaat, wie sie nicht Rechtsstaat war. Und die Bundesrepublik Deutschland ist soviel Rechtsstaat, wie sie heute zugleich nicht Unrechtsstaat ist. Macht uns das als Historiker aus der DDR aber frei davon, mit unserer eigenen Geschichte, mit unseren eigenen Biographien nicht am unerbittlichsten, am konsequentesten zu verfahren? »Man hat eine Niederlage erlitten. Man ist so verprügelt worden, wie seit langer Zeit keine Partei, die alle Trümpfe in der Hand hatte. Was ist nun zu tun – ?«, schrieb Kurt Tucholsky 1935. Seine Antwort: »Nun ist mit eiserner Energie *Selbsteinkehr* am Platze. Nun muß, auf die lächerliche Gefahr hin, daß das ausgebeutet wird, eine Selbstkritik vorgenommen werden, gegen die Schwefellauge Seifenwasser ist.«³

Wahrlich, auch ich weiß, »Kritik und Selbstkritik sind nicht vergnüglich. Sie sind die bitteren Pillen, die vielleicht helfen, soziale und geistige Krankheiten zu bekämpfen – auch Selbsttäuschungen und den jetzt aufkommenden Irrtum, der die Krankheit nach dem Tod des Patienten als Gesundheit interpretiert«⁴. Wer Kritik übt, kann nicht lebenswürdig erscheinen.

3 Kurt Tucholsky an Arnold Zweig, 15. Dezember 1935. In: Kurt Tucholsky: *Briefe. Auswahl 1913 bis 1935*. Hrsg. von Roland Links. Berlin 1983. S. 574.

4 Helmut Bock: *Partei – Staat – bürokratische Krise. Zu einigen strukturanalytischen Aspekten bezüglich des staatsmonopolistischen Sozialismus in der*

Man bekommt als Kritiker und als Rufer in der Wüste auch keinen Schönheitspreis. Ehrlich gesagt, ich kann mir für richtige und falsche Liebenswürdigkeiten sowieso nichts kaufen. Deshalb kann ich auch sehr leicht auf sie verzichten. Wie ich auch auf die falschen Lacher und Lobredner verzichten kann.

Es ist schwierig, mit den Schmerzen der Wahrheit leben zu müssen. Aber mich treibt schon um, wenn ich sehe und miterlebe, wie in Teilen und im Umfeld der PDS, und damit meine ich nicht nur die Basis oder Minderheiten, mit Gegenwart und Geschehenem umgegangen wird. Ich könnte dafür hunderte Beispiele benennen. Da ist von Schwefellauge wahrlich nichts zu spüren. Ich will es an drei Beispielen verdeutlichen.

Es gibt eine Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS. Bei ihrer Konstituierung hat Klaus Höpcke formuliert, daß von nun an die Partei und ihre Gremien sich aus der Bevormundung der Geschichtswissenschaft und ihrer Institutionen heraushalten werden. Die einzige historische Konferenz, die von dieser Historischen Kommission 1996 veranstaltet wurde, fand auf Beschluß des Parteivorstandes der PDS zum 40. Jahrestag des Verbots der KPD statt. Nun kann man zu diesem Verbot sehr unterschiedliche Meinungen und sehr kritische Auffassungen haben, aber das Recht auf eine solche Konferenz hätte zuerst die DKP. Ich weiß nicht, was die Berliner geritten hat, in dem Jahr solch eine Konferenz zu veranstalten, wo man doch ohne Probleme eine z. B. zur Vereinigung oder Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED 1946 hätte ausrichten können. Man hätte wahrscheinlich die einzige und letzte Chance gehabt, alle noch Lebenden, die am Vereinigungsparteitag im Metropoltheater teilgenommen haben, noch einmal zu sehen und sie selbst sprechen zu lassen. Wir hätten eine Veranstaltung einberufen können zum Jahr 1956 – das Ende des Stalinismus in der DDR war auch der Beginn des Poststalinismus und der ersten Nachstalinprozesse. Wir hätten ebenso eine Konferenz zum Jahr 1976 machen können, zu dem Jahr, von dem Stefan Heym besorgt äußerte: »Die Ausbürgerung darf sich nicht wieder einbürgern«. Warum lassen wir uns solche historische Chancen entgehen?

Oder ein zweites Beispiel. Zwei Meldungen Ende Januar 1997, die uns frösteln lassen: 50000 Bürger der BRD, die nach Schät-

zung des Freiburger Militärhistorikers Gerhard Schreiber Kriegsverbrecher, Mitglieder verbrecherischer Organisationen oder der Waffen-SS waren, erhalten Zusatzrenten in Höhe von 637 Millionen DM pro Jahr. Fast gleichzeitig wird bekanntgemacht, daß Kurt Hager auf Gerichtsentcheid seine Ehrenrente als antifaschistischer Widerstandskämpfer verliert. Eine makabre Entscheidung, zu der es viele Kommentare gibt, die den Vorgang auch so benannt haben. Aber zu unserer Geschichte und zu unserer Ehrlichkeit vor der Geschichte gehört auch, daran zu erinnern, daß nicht wenigen Bürgerinnen und Bürgern der DDR und jetzt der Bundesrepublik Deutschland mit der Stimme Kurt Hagers zu Unrecht die Ehrenrente aberkannt oder gar nicht erst zuerkannt worden ist.

Ein drittes Beispiel. Mit Heiner Carow ist einer der großen deutschen Nachkriegsregisseure verstorben. In den Nachrufen von PDS-Politikern wird davon gesprochen, daß er zwischen 1990 und 1996 keine Chance für ein Lebens- oder Alterswerk in der Bundesrepublik Deutschland gehabt hätte. Haben die Autoren, die das geschrieben haben, auch daran gedacht, wie wenig Chancen er zwischen 1960 und 1990 in seiner Zeit als Regisseur in der DDR hatte, ein Lebenswerk zu schaffen? Gehört das nicht auch zu unserer Geschichte und zur historischen Wahrheit? Ist es nicht schmerzhaft zu wissen, wie mit seinem Film »Die Russen kommen« umgegangen wurde?

Jeder von uns könnte die Zahl der Beispiele beliebig erweitern. Es geht nicht um Aufrechnung. Es geht auch überhaupt nicht um Abrechnung. Es geht um das *alltägliche* Begreifen unseres Weges, um uns zu warnen und vor neuen eigenen Dummheiten zu schützen.

Ja, es mag schon stimmen, wir haben anderthalb Zentner Dachdeckermentalität gegen drei Zentner Arroganz und Selbstgefälligkeit tauschen müssen. Aber hilft uns solch bitterer Sarkasmus bei der Wahrheitssuche? Es mag schon stimmen, wir haben die Rechtsunsicherheit gegen den Rechtsmittelstaat getauscht. Aber helfen uns solche Wortspiele? Das Verdrängen der historischen Wahrheit, das Vergessenwollen verlängert das selbstgewählte Exil vieler Intellektueller. Das Geheimnis gegen Vergessen und Verdrängen heißt, sich erinnern wollen. Wer nicht bereit ist, schonungslos seine persönliche Geschichte, die Geschichte seiner politischen Klasse, die er vertrat, die Geschichte der politischen Bewegung, in der er wirkte, die Geschichte seines Landes, in dem er lebte und das er liebte, zu

befragen, wird keine Ruhe finden und neuen Irrtümern erliegen. Er wird seinen Kindern auf die Frage nach dem »Warum?« keine Antwort geben können.

Was die DDR in der deutschen Geschichte und in der Weltgeschichte wirklich war, das wird mit Sicherheit zu Beginn, spätestens in der Mitte des nächsten Jahrhunderts ziemlich gereift in der nationalen und internationalen Literatur, in den Lehrbüchern an den Universitäten und Schulen gelesen und gelehrt werden. Und es wird den Atem des Abstandes und der Ausgewogenheit tragen. Bis dahin bleibt aber auch uns Arbeit.

Historische Wahrheiten, das wissen wir alle, können sehr schmerzhaft sein; denn die Geschichte wird nicht nach Hoffnungen und Wünschen, Idealen und Zielen, Programmatiken und Versprechungen bewertet, sondern fast ausschließlich nach Fakten, konkreten Verläufen und Ergebnissen. Und ein wesentliches Ergebnis von DDR-Geschichte ist, daß am Ende eines mehr als vierzigjährigen Weges, für den ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung der DDR aufopferungsvoll gearbeitet hat, diese als DDR-Deutsche – und manche gegen ihren Willen und ohne Wenn und Aber – in die kapitalistische Bundesrepublik Deutschland entlassen wurden. Die Ursachen dafür liegen vor allem im praktizierten sozialistischen Gesellschaftsmodell. Sie liegen bei der SED, der politischen Kraft, die dieses Gesellschaftsmodell vertrat und es als Staatspartei mit allen Mitteln, erlaubten und unerlaubten, zu verwirklichen suchte. Das Umfeld der Ursachen zu analysieren beinhaltet allerdings auch die Anerkennung der historischen Tatsache, daß die entscheidende Basis des langen Bestehens der DDR die fleißige und geduldige Arbeit der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger war. Jede historische Analyse streift deshalb auch deren Leben, benennt deren Hoffnung und Hoffnungslosigkeit, zeichnet nicht wiederholbare Lebenszeit nach. So ist derjenige, der sich der Analyse stellt, in einer nicht gerade beneidenswerten Situation. Er muß in Lebensgeschichten eingreifen, indem er bewußtes oder unbewußtes Fehlverhalten vieler Bürgerinnen und Bürger beim Namen nennt. Die Annäherung an die Wahrheit ist nicht teilbar oder wie Medizin nur tröpfchenweise zu verabreichen. Das Bemühen um die Annäherung an die Wahrheit schließt auch aus, mit doppelter Zunge zu reden, mit der einen bei uns und mit der zweiten auf der anderen Seite. Entweder wir stellen uns dieser Annäherung mit persönlicher Konsequenz und politischem Moralismus, oder wir sollten es sein lassen.

Die Würde des Menschen bleibt das oberste Gebot aller Politik. Jenseits dessen beginnt die Barbarei. Daran ist Politik zu messen, und daran ist ebenso Geschichtsschreibung zu prüfen. Natürlich, es bestehen viele objektive Gründe, die es erschweren, mit unserer Geschichte umzugehen. Und diese Gründe liegen mitunter sehr tief in uns vergraben und auch begraben.

Da wäre zum ersten: Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkrieges und der Judenvernichtung erfolgte in der DDR leider einseitig und kaum problemorientiert. Die DDR erklärte sich amtlich zum antifaschistischen Staat und nahm damit den Bürgerinnen und Bürgern den Druck der Auseinandersetzung um eigene Schuld und Verantwortung. Ich werde nie vergessen, daß mein Vater mir keine Antworten zu seiner Geschichte und seiner Biographie in diesen Jahren gab. Ich weiß, daß in der Nachkriegszeit vieles die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht erleichtert hat. Anfang 1954 hatte die SED 1,4 Millionen Mitglieder; davon waren 104 000 schon vor 1945 Mitglied der SPD und KPD, aber 106 000 Mitglied der NSDAP, 74 000 Mitglied von NS-Gliederungen, 140 000 Angehörige der faschistischen Wehrmacht mit Dienstgrad Unteroffizier aufwärts, 250 000, die in sowjetischen oder westlichen Kriegsgefangenenlagern waren, davon 100 000 in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern und 150 000 in westlichen Kriegsgefangenenlagern. Diese persönlichen Geschichten haben tiefe Narben auch in der Geschichte der DDR hinterlassen.

Ein zweiter Gedanke: Die DDR erklärte sich verfassungsmäßig zum Sieger der Geschichte, beanspruchte die eigene Unfehlbarkeit und deklarierte sich zum Hüter der reinen Wahrheit. Seien wir ehrlich: Das steckt bei manchem von uns – und auch bei mir – noch tief im Kopf, und es bedarf immer wieder großer Anstrengungen, dieses zu überwinden.

Drittens: Es gab in der DDR keine antiautoritäre Studentenbewegung, keine ausreichenden kulturellen und moralischen Modernisierungsschübe, keine echte demokratische moderne Frauenbewegung, kaum die Möglichkeit, die Fähigkeit der multikulturellen Koexistenz zu erlernen. Es fehlte eine Opposition, und alternatives Denken war nicht erlaubt.

Diese drei Faktoren haben entscheidend unser Weltbild und unseren Verhaltenskodex geprägt. Hinzu kommen zwei Nachwendefaktoren, die auch nicht spurlos an uns vorübergegangen sind.

Erstens: Nach der »Wende« haben das Damoklesschwert der Abwicklung und die Ausgrenzung neue Verformungen geprägt, die zwischen geschichtlicher Anpassung, Korrektur der eigenen Biographie und Bibliographie, selbstverordneter Schweigsamkeit, quälender Selbstkritik, trotzigem Verhalten und ehrlichem Bemühen pendelten. Darüber und über die Leiden in uns selbst fanden zwischen uns kaum Diskussionen statt.

Zweitens: Das Potential für ein historisches Neu- und Umdenken aus eigener Kraft ist durch die gezielte Abwicklung von Personen und Institutionen, von großen Teilen des intellektuellen Lebens in Wissenschaft, Literatur und Kunst als möglichem Herd einer unerwünschten Gegenkultur, fast vollständig beseitigt worden. Die Zahlen, die man dazu nennen muß, sind bitter. Nach vorliegenden Untersuchungen wurden im deutschen Reich 1933 und kurz danach 11 Prozent, 1945 und unmittelbar danach auf dem Territorium der alten BRD 13 Prozent, doch 1989 und unverzüglich im Anschluß daran auf dem Territorium der DDR 85 Prozent der geistigen Elite ausgewechselt. Vergangenheitssehnsüchte, Nostalgie, die Vernetzung der eigenen Biographie mit der Geschichte der DDR, die Angst vor Ausgrenzung oder Entlassung, das daraus dominierende Gefühl, das Leben in der DDR permanent verteidigen zu müssen, haben unter linken intellektuellen Wirkung zurückgelassen. Keiner von uns hat das Recht, darüber leichtfertig hinwegzusehen oder vorschnell zu verurteilen. Diese Gründe dürfen aber auch zu keinem Zeitpunkt als Entschuldigung für unsere fehlende moralische Rigorosität gelten.

Dort, wo Versuche unternommen wurden, sich kritisch und selbstkritisch zu stellen, gibt es allerdings auch Erscheinungen, die dieses Bemühen beeinträchtigen. Solche Erscheinungen in der historischen und politischen Literatur sind zum Beispiel erstens, daß wir in manchen Publikationen linker Intellektueller nur eine schmale und nicht überzeugende Quellenbasis antreffen; die freigegebenen Archive werden nicht ausreichend genutzt. Es ist betrüblich, daß die Mehrheit der Historiker aus der DDR die Quellen und Archive ihrer eigenen Geschichte fast vollständig der konservativen Geschichtsschreibung überlassen hat. Geht man heute in die offenstehenden Archive, trifft man mehr Japaner und Amerikaner als ehemalige DDR-Historiker an.

Zweitens wird in der Literatur deutlich, daß wir uns scheuen, uns auseinanderzusetzen mit unseren eigenen Irrmeinungen, Fehldeutungen und Falschaussagen vor 1989. Wenn wir uns aber

nicht mit uns selbst auseinandersetzen, werden wir einen schwierigeren Zugang zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Partei, der Klasse und der Gesellschaft finden.

Und drittens: Wir fürchten die Auseinandersetzung und die Kenntnisnahme der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit und unserer eigenen Verstrickung in dessen Arbeit. Ich weiß, worüber ich spreche, wie bitter Zeiten sind, wenn man in dieser Verstrickung mit Vorurteilen und Verleumdungen belastet wird. Aber selbst der eklatante Mißbrauch von Quellen darf uns nicht daran hindern, uns über die Stricke und die Verstrickungen zu äußern.

»Durch den Zusammenbruch der DDR ist etwas möglich geworden, was in der Geschichte selten ist«, resümierte Albrecht Schönherr 1993 in der Evangelischen Marktkirche zu Essen. »Wie auf dem Sezirtisch werden die Innereien dieses Staates bloßgelegt. Es kommt an den Tag, was unter anderen Verhältnissen nie offenbar geworden wäre. Wir können nicht nur selber lesen, was der Geheimdienst über uns aufgeschrieben hat. Wir sind auch denen preisgegeben, die Zugang zu unseren Akten haben und uns je nach Interesse an den Pranger stellen. Menschliche Beziehungen heikelster Art, die Schuld und Vergeltung, die eigentlich nur zwischen den Beteiligten allein besprochen werden dürften, werden an die Öffentlichkeit gezerrt. Unter solchen Umständen ist es doppelt nötig, die Würde des Mitmenschen zu wahren. Sie wurde und wird noch immer durch Vorverurteilungen verletzt. Dieselben Leute, welche die DDR als Unrechtsstaat in Grund und Boden verdammen, bedienen sich der Akten der Stasi und der SED als willkommener und verlässlicher Grundlage für ihre Be- und Verurteilungen«. So wahr dies ist, so wenig darf es für uns selbst Hindernis sein, uns mit der Geschichte einer möglichen, teilweisen oder irgendeiner anders gearteten Verstrickung in die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit auseinanderzusetzen. Es bleibt dabei, ich wiederhole es: Die Würde des Menschen ist das oberste Gebot aller Politik wie der Geschichtswissenschaft. Das gilt für alle Aspekte der Würde des Menschen.

Doch trotz dieser Einschränkungen – »keine deutsche Partei beschäftigt sich so intensiv mit ihrer eigenen Geschichte wie die PDS«. Ein kluger Satz, formuliert von Rainer Eckert, Historiker an der Humboldt-Universität Berlin, seit dem 1. Januar 1997 Direktor der Zweigstelle des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Leipzig. Viele von uns kennen die Pu-

blikationen Rainer Eckerts und haben dazu kritische Positionen. Mit diesem Satz jedoch hat er – zumindest was die Quantität der Arbeiten betrifft – etwas Richtiges formuliert.

In Anlehnung an den zitierten Ausspruch schrieb Hartmut Koschyk, Obmann der CDU/CSU in der Eppelmann-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, in der »Welt« vom 1. Februar 1997: »Die Beschöniger der Vergangenheit und die Verhinderer einer Vergangenheitsaufarbeitung [gemeint ist die PDS – D. K.] verstehen es sehr geschickt, mit Geld, über dessen Herkunft man viele Spekulationen anstellen kann, die Aufarbeitung der Vergangenheit zu verhindern oder diejenigen, die sich darum bemühen, zu bekämpfen und zu diskreditieren. Wir brauchen ein Gleichgewicht der Kräfte.« Nun ist es Koschyk eigentlich nicht wert, zitiert zu werden, und schon gar nicht mit dieser Passage; interessant daran ist nur, wie die Auseinandersetzung um Geschichtswissenschaft und in ihr zum Gegenstand der Politik gemacht und mißbraucht wird. Aufschlußreich ist, daß am gleichen Tag die »Berliner Zeitung« in einem ganz kleinen Artikel mitteilte: »Die Volkswagenstiftung hat für die Förderung des Forschungsvorhabens über die Parteiführung der SED und ihren zentralen Apparat zusätzlich 671 000 Mark bereitgestellt. Damit kann der Forschungsverbund ›SED-Staat‹ der Freien Universität die Finanzierung von zwei weiteren Projekten sicherstellen. Mit 240 000 Mark unterstützt das Bundesministerium des Innern ein Forschungsprojekt, das sich ebenfalls mit der SED-Vergangenheit beschäftigt. Damit flossen in den Forschungsverbund seit dessen Gründung im Jahre 1992 nunmehr insgesamt 4,7 Millionen Mark nur an Drittmitteln.« So sieht es mit dem »Gleichgewicht der Kräfte« in Wirklichkeit aus.

Es ist völlig klar: Wir haben nicht einmal annähernd diese Mittel, und es ist ebenso augenfällig, daß der Markt mit rechtskonservativer Literatur überschwemmt wird. Trotzdem müssen wir uns dieser Auseinandersetzung stellen. Es gibt dazu auch Angebote, die ich zumindest zur Kenntnis nehme. Auf dem internationalen Kolloquium zur DDR- und Deutschlandforschung in Otzenhausen im Dezember 1996 plädierte Hermann Weber (Mannheim) für wissenschaftliche Redlichkeit und Unaufgeregtheit beim Umgang mit den DDR-Akten. »Nichts ist verblüffender als die einfache Wahrheit«, so Hermann Weber. Fraglich sei zudem, ob es zulässig ist, die DDR-Geschichte allein von ihrem Ende her zu betrachten. Rüdiger Thomas (Bonn) klagte ein, daß Deutungsmuster und Konzepte der DDR-Forschung

gleichermaßen theoriegestützt und empirisch gesättigt sein müßten. Der Lebenswelt der DDR könne man nicht gerecht werden, wenn nicht Diktatur- und Gesellschaftsgeschichte gleichberechtigt behandelt würden. Stefan Wolle (Berlin), Christoph Kleßmann (Potsdam) und andere plädierten in diesem Sinne dafür, daß die Beschäftigung mit der DDR-Geschichte nicht darauf zielen dürfe, Menschen zu verletzen, und daher die Hauptforschungsfelder künftig vor allem auf dem Gebiet der Alltagskultur und der Mentalitätsgeschichte zu entdecken seien.⁵

Eine Frage bleibt natürlich zu der Aussage Rainer Eckerts: Ist es überhaupt Aufgabe einer Partei, ihre Geschichte zu bewerten? Welche deutsche Partei, außer der PDS, hat bisher überhaupt diesen Versuch gewagt? Und warum erlagen all die Experimente, die innerhalb einer Partei gewagt wurden, dem Spannungsfeld zwischen Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit? Insofern ist allein der Versuch in der PDS, ihre eigene Vorgeschichte schonungslos zu bewerten, gewiß lobenswert, aber gleichermaßen auch bedenkenswert und zweifelhaft; denn schonungslos mit der eigenen Biographie, dem gelebten Leben, der Geschichte der Partei und ihren nicht nur namenlosen Mitgliedern umzugehen, ohne Scheu vor verdeckter oder offener Verurteilung der dabei aufgedeckten Fehler, Unerträglichkeiten und leider auch Verbrechen, das heißt: eine radikale eigene Korrektur alter Haltungen und Positionen. Ist das eigentlich in einer Partei möglich? Jeder mit einer jahrzehntelangen Mitgliedschaft in der PDS bzw. SED weiß: Mit eigener belasteter und unbelasteter Geschichte, in der Erinnerung an eigene aufopferungsvolle Arbeit, ist so etwas ziemlich diffizil. Ja und Nein werden die beiden Meinungspole sein, wenn man diese Frage beantworten muß. Bei »ziemlich schwer« werden sie sich wohl treffen. Und trotzdem bleibt: Linke Historiker haben, ungeachtet ihrer Haltung zur PDS, ihrer eigenen Mitgliedschaft oder der allgemeinen politischen Interessen der PDS, die schärfsten und unerbittlichsten Kritiker der Geschichte des Sozialismus in der SBZ und der DDR zu sein. Wir dürfen dieses Feld nicht den unästhetischen Feldzügen der rechtskonservativen Geschichtsschreibung überlassen und müssen uns zugleich auch die politische Einmischung politischer Institutionen der PDS in die Geschichtsschreibung verbitten.

⁵ Siehe Hans Georg Golz: *Dem Alltag in der Diktatur gerecht werden. Internationales Kolloquium zur DDR- und Deutschlandforschung in Otzenhausen. In: Deutschland Archiv. Opladen 30(1997)2. S. 277–279.*

Ich glaube, die PDS hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein einheitliches Geschichtsbild. Sie kann es auch nicht haben. Es scheint aber die Richtung zu dominieren, die einer entschiedenen und radikalen Auseinandersetzung mit dem realen Sozialismus ausweicht oder diese Auseinandersetzung scheut. Deren Vertreter verurteilen das Totalitarismuskonzept und verwerfen es als politischen Kampfbegriff ebenso wie das Gebot des anti-totalitären Konsens. Sie benutzen nur allzu leicht Begriffe wie Kolonialherrenstil, Kolonisierung der DDR, Siegerjustiz und ähnliches.

Ich gestehe, mir bereitet es Schwierigkeiten, diese Begriffe aus den eigenen Reihen zu hören und zu lesen. In der PDS ringen sehr unterschiedliche Gruppierungen und Plattformen um historisches Deutungsmonopol und historische Deutungskompetenz. Dabei reicht der Spannungsbogen – und ich nutze die Möglichkeit meines Gastrechtes, Leipziger Historiker dabei auszulassen – von Michael Nelken, Jörn Schütrumpf, Wilfriede Otto, Gerhard Lozek bis zu Uwe-Jens Heuer, Sarah Wagenknecht, Eberhard Czichon, Kurt Gossweiler, Hanfried Müller und vielen anderen. Offen ist, wer sich in den Kontroversen durchsetzen wird. Sicher ist aber, daß sich prinzipielle Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche auf die Dauer nicht werden »dekkeln« lassen. Diese Auseinandersetzungen müssen geführt werden, auch wenn sie unangenehm sind.

Die Denunziation aber, der Vorwurf der Nestbeschmutzung, die Verdächtigung des Verrats, des Opportunismus, der Anpassung und ähnliches, das man hier und da lesen muß, ist allerdings im wahrsten Sinne des Wortes ungeheuerlich. Die heftige Schelte an »stalinistischen Deformationen« in der SED, die ab und zu in der PDS aufflackert, darf nicht über nostalgische Sozialismusvorstellungen und poststalinistische Deutungs- und Erklärungsmuster hinwegtäuschen, denen man nach wie vor auf Schritt und Tritt begegnet. Das Geschichtsbild der PDS, und das ist normal, prägen heute noch im wesentlichen Personen, die bis 1989 in einem hierarchisch gegliederten Verbund der Historiker tätig, auf irgend eine Art und Weise in das System von Lenkungs- und Zensureinrichtungen eingebunden und davon betroffen waren. Diese Bedingungen haben bei vielen von ihnen noch immer schmerzende Narben hinterlassen. Darüber zu sprechen und das deutlich zu machen, muß erlaubt sein. Jedes Bemühen, auf dem Weg über die gallige Bilanz des eigenen Ver-sagens den Mut zum alternativen Denken aufrecht zu erhalten,

hat natürlich auch in der Öffentlichkeit das Stigma der Unbelehrbarkeit zur Folge. Das macht das Leben nicht einfacher.

Eine der PDS verbundene, ihr tolerant und zugleich kritisch gegenüberstehende neue Generation junger Historiker, die frei von persönlichen Verletzungen und Bindungen ist, fehlt leider noch. Wir müssen uns jedoch die Frage stellen: Woher soll sie kommen, und wer trägt für ihre Prägung Verantwortung? Wenn nicht wir die Verantwortung dafür übernehmen, wird sie von anderen wahrgenommen werden, und es wird vieles, was an guten Traditionen unter Historikern der DDR und danach gelebt und gewirkt hat, nicht fortgesetzt werden. Ohne eine eigene neue Historikergeneration, ohne das eigene Wort der nun Zwanzig- und Dreißigjährigen, wird die weitere Auseinandersetzung mit unserer eigenen Geschichte ein für uns immer schwieriger Weg.

»Ohne die Anstrengung um Wahrheit kann es nicht gehen«, hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1992 formuliert. »Aber Wahrheit ohne Aussicht auf Versöhnung ist unmenschlich«. Wir sollten uns dieser unmenschlichen Arbeit und Anstrengung auch ohne Chance auf Versöhnung unterziehen. Erst wenn wir uns erinnert haben, wenn wir die Schmerzen unseres eigenen Versagens und unserer eigenen Schuld aufrecht werden tragen können, wenn der Mißerfolg unserer Utopien und Arbeit durch die Klarheit des Denkens über unsere Perspektive überlagert werden kann, erst dann werden wieder unsere hoffnungsvollen Träume über eine gerechtere und bessere Gesellschaftsordnung wirklich eine Chance haben. Und diese Zeit wird kommen.

MICHAEL SCHUMANN

*POLITIK OHNE IDEOLOGIE?***I*

Wenn das Verhältnis von Politik und Ideologie in den Blick genommen wird, dann richtet sich die Aufmerksamkeit in der Regel auf die erkenntnistheoretische Seite des Problems. Es geht dabei um die Frage nach dem Begründungscharakter der Ideologie gegenüber der Politik. Bei einem entsprechend weit gefaßten Ideologiebegriff ist damit zugleich das Verhältnis von wissenschaftlicher Theorie und Politik tangiert. Denn Ideologie und Wissenschaft sind in der Tat nicht durch einen Abgrund voneinander getrennt. Eine sinnvolle Behandlung dieses Themas setzt jedoch die Berücksichtigung des unterschiedlichen Charakters und der unterschiedlichen Funktion des wissenschaftlichen Diskurses einerseits und des ideologischen Hegemoniestrebens andererseits voraus. Die Entdifferenzierung beider Diskursformen war für die dogmatische, »marxistisch-leninistische« Tradition konstitutiv und prägte deren spezifisches Politik- und Parteiverständnis. Das Votum gegen die Partei »neuen Typs« ergab und ergibt sich in diesem Zusammenhang nicht aus einer ideologiefreudlichen Einstellung, sondern aus der Abwehr des problematischen Umgangs mit dem Ideologie-Begriff der Kautsky-Lenin-Tradition und der Kritik der verkürzten »marxistisch-leninistischen« Interpretation des Theorie-Praxis-Verhältnisses. Die Ideologepartei »neuen Typs« hatte die Unmittelbarkeit der Determination politischen Handelns durch die in Ideologie eingemeindete wissenschaftliche Theorie vorausgesetzt und damit die Differenz zwischen Theorie und Ideologie eingeebnet. Bei ideologischen Auseinandersetzungen geht es – mit Bezug auf die Wissenschaft – um Aufklärung, um Verständigungsprozesse hinsichtlich der politischen Relevanz theoretischer Erkenntnisse, nicht aber um den theoretischen Diskurs selbst. Beide Diskursformen sind nicht ohne Zusammenhang, aber sie müssen, wenn die in ihnen liegenden Möglichkeiten aktualisiert werden sollen, in ihrer Unterschiedlichkeit respektiert werden. Jürgen Habermas schrieb dazu: »Während die Theorie sowohl die Aufklä-

* *Vortrag auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. am 23. Mai 1997 in Leipzig.*

rungsarbeit legitimiert wie auch selbst durch mißlingende Kommunikation widerlegt, jedenfalls korrigiert werden kann, kann sie keineswegs a fortiori die riskanten Entscheidungen strategischen Handelns unter konkreten Umständen legitimieren. Entscheidungen für den politischen Kampf können nicht vorweg theoretisch gerechtfertigt und dann organisatorisch durchgesetzt werden. Einzig mögliche Rechtfertigung auf dieser Ebene ist der in praktischen Diskursen zu erzielende Konsensus unter den Beteiligten, die im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen und in Kenntnis der Umstände, der prognostizierbaren Folgen und Nebenfolgen nur selber wissen können, welche Risiken sie mit welchen Erwartungen eingehen wollen. Es kann keine Theorie geben, die die potentiellen Opfer im vorhinein einer weltgeschichtlichen Mission versichert.¹

Die Ergebnisse des theoretischen Diskurses erhalten nur über ihre Vermittlung durch den »praktischen« der Ideologie gegenüber der Politik Begründungscharakter. Werden aber ideologische Prozesse so angelegt, daß sie die Selbständigkeit des theoretischen Diskurses negieren, ihn vereinnahmen und sich subordinieren, blockieren sie das für die Politik interessante Innovationspotential der Theorie und machen sie aus ihr eine reine Legitimationsinstanz.

Der Hinweis auf die Notwendigkeit der Kritik der parteikommunistischen und staatssozialistischen Tradition, für welche eine Art der Verklammerung theoretischer Diskurse mit Prozessen ideologischen Hegemoniestrebens kennzeichnend war, die letztlich zur ideologischen Herrschaft der Politiker über die Theorieentwicklung und zur Entwertung der Theorie als kritisches Ferment der sozialistischen Bewegung geführt hat,² bedeutet kein Plädoyer für eine Entideologisierung der Politik.

II

Die Politik hat es notwendigerweise mit den »sinnstiftenden« Unternehmungen der Gesellschaft, den in der Öffentlichkeit existierenden Wertvorstellungen, geistigen Orientierungen und

1 Jürgen Habermas: *Theorie und Praxis. Sozialphilosophische Studien*. Frankfurt am Main 1993. S. 38f.

2 Siehe *Zur Programmatik der Partei des demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar*. Hrsg. von *Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.* Berlin 1997. S. 286–296.

Traditionen zu tun. Alle diese »ideologischen Faktoren« vermitteln die Entstehung und Entwicklung gesellschaftlicher Willensverhältnisse, die zu dominieren Macht bedeutet. Und Politik ist nach Max Weber das »Streben nach Machtanteil oder Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt«³.

Politik ist spezifischer Ausdruck von im weitesten Sinne sozialökonomisch-ökologischen Erfordernissen und Interessenlagen. Aber natürlich hat Antonio Gramsci darin recht, »daß die ökonomische Basis nicht direkt die politische Aktion bestimmt, sondern die Interpretation, die man sich von dieser macht...«⁴. Solche »Interpretationen« sind unvermeidlich interessen- und wertbezogen und damit ideologischer Art. Sie stehen im Kontext »ideologischer Mächte«. Die Politik kann sie nicht ignorieren. Im Gegenteil. Wenn sie sich nicht zur völligen Wirkungslosigkeit verurteilen will, muß die Politik diese »ideologischen Mächte« in Rechnung stellen, sie beeinflussen und in einem bestimmten Maße verkörpern. Sie wird damit selbst zur »ideologischen Macht« und transformiert so zugleich das Ideologische in einen Faktor des politischen Lebens.

Es ist kein Zufall, daß diese dialektische Identität von Politik und Ideologie von einem *westeuropäischen* Marxisten thematisiert und besonders tief ausgelotet wurde. Im Unterschied zum Osten gab es in Westeuropa eine stark ausgeprägte zivilgesellschaftliche Struktur. Sie war das Resultat der mehrhundertjährigen Geschichte der bürgerlichen Emanzipation, in welcher die kulturell-ideologischen Bewegungen der protestantischen Reformation und europäischen Aufklärung Massencharakter angenommen und zu einer »integralen Kultur« geführt hatten, die eine Einheit von Weltanschauung und Lebensweise der Menschen – und von daher politische Macht – begründete. Antonio Gramsci schreibt: »Das Problem der Religion, verstanden nicht

3 Max Weber: *Politik als Beruf. In: Wissenschaft als Beruf. 1917/1919. Politik als Beruf. 1919.* Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Wolfgang Schuller in Zusammenarbeit mit Birgit Morgenbrod. Tübingen 1994. S. 36 (*Max-Weber-Gesamtausgabe. Bd. I/17*).

4 Antonio Gramsci: *Die russischen Maximalisten. Artikel vom 28. Juli 1917.* In: *Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur.* Hrsg. von Guido Zambis. Leipzig 1980. S. 17.

im Sinne eines Bekenntnisses, sondern im laizistischen Sinne der Einheit von Weltanschauung und Norm der Lebensführung: Warum sollte man das ›Religion‹ und nicht Ideologie oder geradezu ›Politik‹ nennen?⁵

Die zentrale Frage der Politik, die Machtfrage, stellte sich für Antonio Gramsci vor allem als Aufgabe der Erringung der kulturell-ideologischen Hegemonie bzw. der Schaffung einer neuen ›integralen Kultur‹. Ohne die Bedeutung des staatlichen Zwangs für die politische Macht zu negieren oder auch nur zu unterschätzen, hat er die dialektische Identität von Politik und Ideologie als das zentrale Problem der politischen Macht unter den Bedingungen des westeuropäischen Kapitalismus akzentuiert.

Der dogmatische parteikommunistische Umgang mit diesem Thema hat bei der ideologischen Formierung »von oben« angesetzt und damit die Politik in das Prokrustesbett eines ›ideologischen Plans‹ gezwängt. Die so erzwungene Starre ideologischer Bindung der Politik bedeutete die funktionale Entdifferenzierung des ideologischen und politischen Bereichs mit der Folge einer weitgehenden Negierung der Eigengesetzlichkeit und des Eigenschöpferischen der Politik. Die Politik war ideologisch begründet und dann auch gerechtfertigt, wenn sie den ideologischen ›Vorgaben‹ einer sich als Avantgarde verstehenden bürokratischen Herrschaftsschicht entsprach. Das Ideologische besitzt aber einen echten und rechtfertigbaren Begründungscharakter gegenüber dem Politischen nur dann, wenn und insofern es selbst – als lebensweltliche kulturell-ideologische Identität – die Willensverhältnisse der Menschen in der Alltagspraxis formt und verkörpert und also – zumindest der Potenz nach – selbst politisch ist.

›Politik ohne Ideologie?‹ Die Fragestellung selbst ist geeignet, den Blick einzuengen, irrezuführen und ein bloß äußerliches Verhältnis von Politik und Ideologie zu unterstellen. Gramscis Sicht ihrer dialektischen Identität zwingt uns, die Frage zu übersetzen, womit sie sich erledigt. Sie lautet dann: ›Politik ohne Politik?‹

In diesem Lichte gesehen muß die offizielle Politik Furcht vor dem ideologischem Vakuum haben, denn es bedeutet unweiger-

5 Zitiert nach Guido Zamis: Nachwort zu: Antonio Gramsci: Gedanken zur Kultur. Hrsg. von Guido Zamis unter Mitarbeit von Sigrid Siemund. Leipzig 1987. S. 271.

lich die Infragestellung ihrer Dominanz der gesellschaftlichen Willensverhältnisse. Ungeachtet aller Verkündungen über das Ende des Zeitalters der Ideologien treibt daher der *horror vacui* die Bemühungen um die (Re-)Ideologisierung der deutschen Gesellschaft an. Sie wird – nicht zu Unrecht – geradezu als politische Existenzfrage apostrophiert.

III

Fast ein halbes Jahrhundert lang ist die Stabilität der Bundesrepublik im wesentlichen durch drei miteinander verbundene Faktoren bestimmt worden:

Erstens ist durch die Gratifikationen der Wohlstandsgesellschaft eine weitgehende ideologische Identifikation der Masse der Menschen mit dem gesellschaftlichen und politischen System der Bundesrepublik begünstigt worden. Diese – entscheidende – Basis der Systemloyalität breiter Bevölkerungskreise wird jedoch brüchig. Einer stetig wachsenden Minderheit wird infolge der neoliberalen »Bewältigung« der technologischen Revolution das Fundament eines Lebens in Wohlstand, ja selbst einer sozial einigermaßen gesicherten Existenz entzogen. Das wirft die Frage nach der Notwendigkeit einer zumindest teilweisen Substitution primär wirtschaftlich und sozial vermittelter ideologischer Bindungskräfte auf. »Eine Gesellschaft«, so Arnulf Baring, »die sich wesentlich aus ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und deren Dividenden rechtfertigt, muß in besondere Schwierigkeiten geraten, sobald die Fähigkeit zu breiter sozialer Bedürfnisbefriedigung nachläßt. Deshalb sollte eine lebenskluge Politik darauf achten, andere, nichtmaterielle Elemente zum Bestandteil eines breiten gemeinsamen Zusammenschlusses zu machen. An ihnen fehlt es bei uns in einem beklagenswerten Ausmaße. [...] Alle stabilen, nämlich durch gemeinsam überstandene Krisen gehärteten Demokratien – und zu denen gehören wir, wie man inzwischen sieht, trotz aller Meriten des letzten halben Jahrhunderts noch nicht – werden durch tiefere Bindungen zusammengehalten als einen breiten Individualwohlstand und noble Sozialleistungen, wie sie die Bundesrepublik auszeichnen. Sie verbindet die gemeinsame, über die Generationen weitergetragene Erinnerung an große Tage und grausame Zeiten, an Triumphe und Katastrophen, Kriege, Siege und Leiden, Leistungen und Fehlschläge, verbindet der Stolz auf die eigene Sprache, Kultur und Geschichte – ein

Erbe, das freie Völker dazu bringt, in kritischen Zeiten zusammenzustehen und für das Ganze selbstlos zu wirken.«⁶

Zweitens hat die prononcierte Rolle der Bundesrepublik in der Blockkonfrontation, im Jahrzehnte währenden Kalten Krieg, eine ausgeprägte ideologische Homogenität auf der Basis einer mehr oder weniger permanenten Furcht vor den wirklichen oder vermeintlichen Bestrebungen der kommunistischen Weltmacht hervorgebracht. Nach dem Zusammenbruch des staatlich organisierten Sozialismus und der Sowjetunion verliert die Berufung auf eine kommunistische Bedrohung jede Plausibilität. Ob neue Bedrohungsszenarien – außenpolitisch die Fixierung einer Aggressionsgefahr von seiten fundamentalistischer Regimes und innenpolitisch die Furchtkomplexe in bezug auf mögliche soziale und politische Folgen von Migrationsbewegungen – geeignet sind, die Bindungskraft des feindbildvermittelnden traditionellen Antikommunismus und Antisowjetismus als einer ideologischen Integrationsbasis der Gesellschaft zu ersetzen, steht dahin.

Drittens hat die Westbindung der Bundesrepublik zu einer Implantation wesentlicher Elemente der westlichen politischen Kultur geführt. Jürgen Habermas spricht von einer vorbehaltlosen Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens als von der großen intellektuellen Leistung der Nachkriegszeit.⁷ Daniel Goldhagen hat anlässlich der Verleihung des Democracy Prize auf das gleichermaßen das historische wie das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik prägende Gewicht ihrer Internationalisierung hingewiesen.⁸ Auch wenn man die sehr optimistische Beurteilung der heutigen politischen Verhältnisse in Deutschland durch Goldhagen nicht teilt: Durch die früh einsetzende Westorientierung der Bundesrepublik, die man unter anderen Gesichtspunkten für problematisch ansehen kann, sind jedenfalls demokratisch und rechtsstaatlich geprägte Denkweisen und Wertvorstellungen zu

6 Arnulf Baring: *Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler*. Berlin 1991. S. 176f.

7 Siehe Jürgen Habermas: *Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung*. In: »Historikerstreit«. *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*. München 1987. S. 75.

8 Siehe Daniel Goldhagen: *Modell Bundesrepublik. Nationalgeschichte, Demokratie und Internationalisierung in Deutschland*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. Köln 34(1997)4. S. 424ff.

Faktoren des ideologischen Selbstverständnisses der deutschen Gesellschaft geworden. – Übrigens auch der deutschen Rechten (radikale Randgruppen ausgenommen), was ausschlaggebend dafür ist, daß Entwicklungen wie die, die schließlich den Weg für Hitler freimachten, nach menschlichem Ermessen heute eher unwahrscheinlich sind. Sebastian Haffner hat die »Demokratisierung« der deutschen Rechten vor allem als Resultat ihrer Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte angesehen. In seinen »Anmerkungen zu Hitler« schrieb er: »Der große Unterschied zwischen Bonn und Weimar ist [...] der, daß es in der Bundesrepublik die politische Kraft, die die Weimarer Republik zerstörte, nämlich eine staatsablehnende Rechte, nicht mehr gibt. Vielleicht ist es gerade ihre Niederlage in der Konkurrenz mit Hitler und die bittere, zum Teil blutige Erfahrung ihrer jahrelangen vergeblichen Oppositionsversuche gegen ihn, was die deutsche Rechte zur Republik, zum Parlamentarismus und zur Demokratie bekehrt hat. Jedenfalls hat sie seit Hitler gelernt, daß sie besser daran tut, sich als parlamentarische Partei mit anderen, linken parlamentarischen Parteien im Wechselspiel von Regierung und Opposition zu messen, als sich in der Konkurrenz um die Führung eines autoritären Staats mit einem populistisch-demagogischen Diktator zu versuchen. Die Gründung der CDU, einer Fusion des katholischen Zentrums mit den früheren Rechtsparteien, markiert diesen fundamentalen Sinneswandel der Rechten«⁹.

Wenn Haffners historische Diagnose zutrifft, dann ist die mit der Westintegration der alten Bundesrepublik verbundene Fremdeinwirkung und Anpassung an westliche politisch-kulturelle Standards zumindest ein Faktor, der diesen Prozeß eines »fundamentalen Sinneswandels der Rechten« förderte und bis zu einem gewissen Grade auch garantieren konnte.

Die sogenannte Westbindung hat wesentlich – vermutlich sogar entscheidend – dazu beigetragen, daß Prinzipien und Werte, die in den westlichen demokratischen und rechtsstaatlichen Traditionen wurzeln, zu Bestandteilen der geistigen und politischen Grundlagen der Bundesrepublik wurden. Es handelt sich dabei um verteidigungswerte Grundlagen, um ihre in den vergangenen Jahrzehnten gewachsene kulturell-politische – oder, wenn man so will: ideologische – Prägung.

9 Sebastian Haffner: *Anmerkungen zu Hitler*.
Frankfurt am Main 1981. S. 62.

IV

Spätestens seit dem (west-)deutschen Historikerstreit der 80er Jahre und verstärkt nach der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands werden jedoch Bemühungen spürbar intensiviert, die auf eine Relativierung des Gewichts dieser – wesentlich aus der Westbindung resultierenden – Fundamente des ideologischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik hinauslaufen. Unter Berufung auf die geopolitische »Mittellage« Deutschlands wird eine europäische Führungsrolle reklamiert. Deren Wahrnehmung benötige ein »normales« historisches Selbstbewußtsein, das nur entstehen könne, wenn man auch die NS-Verbrechen »historisierend« auf die objektive geopolitische Problemlage und eine daraus resultierende legitime Selbstbehauptung Deutschlands beziehe. Nur unter dieser Voraussetzung könne heute eine klare Definition und entschlossene (d. h. auch militärische) Vertretung der nationalen Interessen Deutschlands erfolgen. Habermas sieht zu Recht die Gefahr, daß auf diesem Wege erneut Traditionen und ideologische Orientierungen maßgebend werden könnten, die wesentlich zur Errichtung der NS-Herrschaft mit all ihren katastrophalen Folgen für Europa und die Deutschen beigetragen haben. Er wendet sich daher gegen einen »neuen Patriotismus«, der geeignet ist, das im Gefolge der Westbindung entstandene und den nationalen demokratischen und Widerstandstraditionen verbundene ideologische Fundament des Selbstverständnisses der Bundesrepublik – die »in Überzeugungen verankerte Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien« – zu demontieren. »Der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, ist ein Verfassungspatriotismus.«¹⁰

Ereignisse und Vorgänge der jüngsten Zeit – von manchen Resonanzen auf die Rede Richard von Weizsäckers zum 40. Jahrestag der Befreiung über die nach der Wende einsetzende pauschale Diskreditierung des DDR-Antifaschismus bis hin zu den Reaktionen auf die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht – verdeutlichen exemplarisch, daß es ein erneutes Ringen um die Vorherrschaft bei der Definition des ideologischen

10 Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung. In: »Historikerstreit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987. S. 75.

Selbstverständnisses der Bundesrepublik gibt. Die Linke muß sich im klaren darüber sein (oder werden), worin die entscheidende objektive Konfliktlinie dieses Ringens, die sie nicht als geistige Demarkationslinie nach der Formel »bürgerliche oder sozialistische Ideologie« willkürlich festlegen kann, besteht, und daß es dabei hier und heute zunächst um Bewahrung geht – um die Bewahrung demokratischer, liberaler und rechtsstaatlicher Fundamente, die nicht alles sind, aber ohne die alles nichts ist. Es geht dabei letztlich um gewiß nicht hinreichende, aber notwendige Bedingungen der Möglichkeit progressiven, innovativen gesellschaftlichen Wandels. Dazu noch einmal Habermas: »Im offiziell bekundeten Selbstverständnis der Bundesrepublik gab es bisher eine klare und einfache Antwort. Sie lautet bei Weizsäcker nicht anders als bei Heinemann und Heuss. Nach Auschwitz können wir nationales Selbstbewußtsein allein aus den besseren Traditionen unserer nicht unbesehen, sondern kritisch angeeigneten Geschichte schöpfen. Wir können einen nationalen Lebenszusammenhang, der einmal eine unvergleichliche Versehrung der Substanz menschlicher Zusammengehörigkeit zugelassen hat, einzig im Lichte von solchen Traditionen fortbilden, die einem durch die moralische Katastrophe belehrten, ja argwöhnischen Blick standhalten. Sonst können wir uns selbst nicht achten und von anderen nicht Achtung erwarten. Diese Prämisse hat bisher das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik getragen. Der Konsens wird heute von rechts aufgekündigt. Man fürchtet nämlich eine Konsequenz: Eine kritisch sichtende Traditionsaneignung fördert in der Tat nicht das naive Vertrauen in die Sittlichkeit bloß eingewöhnter Verhältnisse; sie verhilft nicht zur Identifikation mit ungeprüften Vorbildern.«¹¹

Das Problem des ideologischen Selbstverständnisses einer Gesellschaft ist nicht wegzuschieben – auch nicht mit dem Hinweis auf den Antagonismus von »oben und unten«. Das käme einer abstrakten Negation der Geschichte gleich. Diese hat Ligaturen geschaffen – »Bindungen, die tiefer reichen als durch Vertrag gestiftete Sozialbeziehungen«¹² –, wie sie im historischen Selbst-

11 Jürgen Habermas: *Vom öffentlichen Gebrauch der Historie. Das offizielle Selbstverständnis der Bundesrepublik bricht auf.* In: *Ebenda.* S. 248f.

12 Ralf Dahrendorf: *Die offene Gesellschaft und ihre Ängste.* In: *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990.* Hrsg. im Auftrage der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Wolfgang Zapf. Frankfurt am Main, New York 1991. S. 148.

bewußtsein einer Nation und namentlich in ihrem verfassungspolitischen Grundverständnis gegenwärtig sind. Solche Ligaturen sind keine versöhnenden Antworten auf die Konflikte der Gegenwart. Es geht dabei vielmehr um den Boden, auf dem, und die Formen, in denen die Widersprüche unserer Moderne ausgetragen werden. Und die Chancen für ihre progressive Lösung werden davon wesentlich bestimmt.

Deswegen ist die Auseinandersetzung um das ideologische Selbstverständnis bzw. die »nationale Identität« der Bundesrepublik, die Frage, welche Traditionen und Gehalte des geistigen und politischen Lebens, des Rechts usw. bestimmend sein sollen, auch und gerade für sozialistische Politik von größter Bedeutung. Setzen sich die rechtskonservativen Bemühungen um eine Revitalisierung ideologischer Bindungskräfte, die an antiliberalen, obrigkeitstaatliche und nationalistische Traditionen anknüpfen, durch, hätte das gravierend negative Konsequenzen für die Wirkungsmöglichkeiten sozialistischer Politik.

Dem Streit um diese Frage können Sozialistinnen und Sozialisten nicht mit dem bloßen Verweis auf ihre alternativen Visionen ausweichen. Denn diese bekommen nur dann ein politisches, wirklichkeitsveränderndes Gewicht, wenn sie auf einen geistigen Resonanzboden in der Gesellschaft treffen. Dieser stellt sich nicht als unvermitteltes Resultat, als automatischer Reflex der aktuellen sozialen Situation her, sondern er bildet sich unter dem prägenden Einfluß von im Massenbewußtsein immer schon vorhandenen, geschichtlich gewordenen und überlieferten und insofern traditionellen Werten und Orientierungen heraus – wie umgekehrt einmal im öffentlichen Bewußtsein verankerte Zukunftsvorstellungen und -erwartungen wesentlich dafür sind, welche geistigen Traditionen vorherrschen, welche »Ausrichtung« das historische Selbstbewußtsein erfährt. Die Arbeit an zukunfts-fähigen Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart ist daher zugleich ein Beitrag zur Formung eines demokratischen und progressiven historisch-politischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik. Sie wird jedoch nur gelingen und öffentliche Wirksamkeit entfalten können, wenn die deutsche Linke zwei Dimensionen der Debatte um die sogenannte nationale Identität nicht aus dem Blickfeld verliert:

Erstens muß es um die Verteidigung der demokratischen, liberalen und rechtsstaatlichen Traditionen der Bundesrepublik gehen. Sie sind selbstverständlich ambivalent. Und es geht dabei nicht um die Heiligsprechung eines institutionellen Status quo.

Aber es geht um Prägungen, um wichtige Elemente einer politischen Kultur, in denen sich der Bruch mit der verhängnisvollen Tradition des deutschen Sonderweges ausdrückt und die heute erneut von rechts in Frage gestellt werden.

Zweitens ist ein historisch-politisches Selbstverständnis der größer gewordenen Bundesrepublik auf Sand gebaut, bekommt jedenfalls eine demokratiefeindliche – und im übrigen auch antinationale – Schlagseite, wenn es die Geschichte der östlichen deutschen Teilnation als Abweg vom Pfad der westdeutschen Tugend denunziert. Die Linke muß sich deshalb entschieden dagegen wenden, daß eine kritische Aneignung der DDR-Geschichte durch eine Totalverurteilung ersetzt wird. In seinem Resümee des »Historikerstreits« und der Goldhagenkontroverse schreibt Wolfgang Wippermann: »Heute, über zehn Jahre nach Beginn des Historikerstreits, ist fast alles anders, Heute scheinen die damaligen moralisch und ethisch begründeten Warnungen vor einem Vergleich der nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen vergessen zu sein, obwohl, wie selbst der vehemente Befürworter derartiger Vergleiche, Immanuel Geiss, einräumt, »jeder strukturelle Vergleich [...] unvermeidlich auch zur strukturellen Relativierung« führt. Doch derartige Relativierungen und vergleichenden Verharmlosungen der unvergleichlichen nationalsozialistischen Verbrechen nimmt man in Kauf. Dies begann 1991 während des Golfkrieges mit der Gleichsetzung von Hitler und Saddam Hussein [...] Nach Saddam Hussein kam Honecker, der nun mit Hitler verglichen wurde, nachdem ihm kurz zuvor in Bonn die roten Teppiche ausgerollt worden waren. Doch während der Vergleich Hitler gleich Saddam Hussein noch in der »Hitze des Gefechts« bzw. aus Entsetzen über die irakischen Gasangriffe auf israelische Städte erfolgte, ist die Hitler-gleich-Honecker-These aus der neuen DDR-Forschung schon gar nicht mehr wegzudenken. Was noch während des Historikerstreits selbst von Nolte nicht vorgeschlagen wurde, ist fast communis opinio geworden: Zwischen Gestapo und Stasi, zwischen Auschwitz und Bautzen, zwischen der kleinen DDR und dem »großdeutschen Reich« werden Vergleiche gezogen und Ähnlichkeiten festgestellt. Diese Dämonisierung der DDR führt zu einer Trivialisierung des Dritten Reiches.«¹⁵

Es geht bei diesem historischen »Paradigmenwechsel« in bezug auf die DDR keineswegs nur um die Frage, daß man damit ihrer Geschichte und den Menschen in der DDR nicht gerecht

wird. Er ist vielmehr wesentliches Element der Formierung eines neuen historisch-politischen Selbstverständnisses der gesamtdeutschen Bundesrepublik. Dieser Formierungsprozeß in politischer Absicht besitzt Ausgangs- und Zielpunkt in der historisierenden »Normalisierung« des großdeutschen Reiches und der Rehabilitierung politisch-kultureller Traditionsbestände, in den Sozialismus als sozialökonomisch fundierte Demokratie von jeher als identitätstiftendes Feindbild der Nation galt. Dafür ist die Totalverurteilung, die gerade durch die »unparteiische« justizielle Form des Strafgerichts gelingende Dämonisierung der DDR und des deutschen Kommunismus ein unentbehrliches Vehikel. Und in dem Maße, wie dadurch einerseits die nationalsozialistische Gewaltherrschaft relativiert, d. h. erneut entlastet wird, wird andererseits durch Totalverurteilung ein wiederbelebtes totalitäres Feindbilddenken in eine bestimmte Richtung gelenkt. Die intendierte Folge ist die langfristige Tabuisierung jeder gesellschaftskritischen und emanzipatorischen Bestrebung. Mit einem ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik, das darauf baut und damit die Linke aus der Nation ausgrenzt, kann es nur eine kompromißlose Auseinandersetzung geben.